

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de

2 / 2013

Aufgalopp ins bayerische Doppelwahljahr 2013

Steinbrücks Wahlkampfeslogan – ausgeliehen von einer Leiharbeitsfirma. Der Rücktritt des CSU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid, nachdem bekannt wurde, dass er seine Ehefrau mit einem üppigen Gehalt von bis zu 5500 Euro monatlich in seinem Büro beschäftigte – auf Kosten des Steuerzahlers. Und immer wieder neue Umfragen, die mal die Union im Abwind, die Kanzlerin im Aufwind und die SPD diesseits oder jenseits der 30-Prozent-Marke sehen.

Das bayerische Doppelwahljahr 2013 wirft seine Schatten voraus und der Wahlkampf kommt langsam auf Touren. Grund genug für die Akademie, gleich in mehreren Veranstaltungen sich diesem Thema aus unterschiedlichen Perspektiven zu nähern. Am 15. September wählen die Bayern einen neuen Landtag – eine Woche vor der



Bissig und spitzzüngig: Hans Well (Mitte) und seine Wellbappn boten bayerisches Musikkabarett vom Feinsten



WDR-Chefredakteur Jörg Schönenborn (links) und Matthias Jung von der Forschungsgruppe Wahlen über Journalismus und Demoskopie

Bundestagswahl. Ob und wie Demoskopie die 10,4 Millionen Wahlberechtigten im Freistaat beeinflusst, diskutierte Akademiedirektorin Ursula Münch mit Meinungsforscher Matthias Jung von der

Forschungsgruppe Wahlen und Chefredakteur Jörg Schönenborn vom WDR beim 47. Akademiegespräch im Landtag.

Da sich die Bindungen der Wähler an die Parteien gelockert haben, ist das Stimmverhalten unberechenbarer geworden. Hinzu kommen das breitere Parteienspektrum und ein auf Bundesebene reformiertes Wahlrecht, dessen Auswirkungen auf die Sitzverteilung kaum abzusehen sind. Der Wahlausgang verspricht daher spannend zu werden – und die Regierungsbildung schwieriger.

Am Thema Wahlen kommt dieses Jahr auch keine Lokalzeitung vorbei. Bei einer Redaktionskonferenz für Lokaljournalisten wurde die Frage gestellt, wie eine Berichterstattung über dieses urpolitische

Thema aussehen muss, damit sie Machern und Lesern Spaß macht. Ziel der Tagung war es, Ideen zu entwickeln, die keine Gedanken an Pflichtlektüre aufkommen lassen. Denn angesichts der großen Zahl von Nichtwählern wird befürchtet, dass die Wahlberichterstattung an einem Großteil des Publikums vorbeigeschrieben wird. Anregungen, wie man das verhindern kann, gaben Referenten aus Journalismus, Wissenschaft und Politik.

Einen ganz anderen Zugang zum Thema Politik wählten Hans Well und seine Kinder Tabea und Jonas. Die „Wellbappn“ nahmen bayerische und bundesdeutsche Politik ins Visier. Was schon die „Biermösl Bloßn“ (als deren Kopf Hans Well immer galt) ausgezeichnet hat, setzt er mit seinen Kindern fort: spitzzüngiger Spott und bissige Satire kombiniert mit musikalisch eindrucksvollen Darbietungen.

Siehe Seite 3-11

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vor dem Aufgalopp	3
Über Unterbayern	6
„Alte Daten sind die größte Manipulation“	7
Augenblicke – Begegnungen – Lebenslinien	8
Wahlberichterstattung besser gemacht!	9
Wenn die neue Startbahn stört...	12
Martin Zeil: „Die Bürger ernst nehmen“	15
Rechtsextremisten kommen in der Mitte an	16
Politischer Extremismus als Gefahr für Europa	17
Der alltägliche Rassismus	18
<i>Kommunalpolitik:</i>	
Weiche Standortfaktoren und harte Fakten	20
Ursachen der Krise – Wege aus der Krise	21
Gescheiterte Währungsbündnisse	23
Science-Fiktion oder Wirklichkeit?	24
Kreativität braucht Freiräume	25
Wissen, was gespielt wird	26
Erziehung mit Gewalt	28
Arbeitswelt macht Seele krank	31
Ein kritisch-wohlwollender Begleiter und Förderer	33
Präzise Erinnerungen eines großen Schulreformers	34
Rationalität als Ziel politischer Bildung	37
Pressespiegel	38
Themen – Tagungen – Termine	40
Namen und Nachrichten	44

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula **Münch**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, Dozentin (beurlaubt)
Internationale Politik

Dr. Ondrej **Kalina**
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael **Mayer**
Zeitgeschichte

Dr. Anja **Opitz** (kommissarisch)
Internationale Politik

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Organisationsreferent
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg **Siegmund M.A.**
Pers. Referent der Direktorin
Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael **Spieker**
Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Sebastian Haas (beurlaubt)

Miriam Zerbel (kommissarisch)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.)
Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung)
Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Satz & Druck Peter Molnar
Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Vor dem Aufgalopp

Perspektiven der Parteien vor den Wahlen im Bund und in Bayern

Während mancher Parteistrategie 2013 als „goldenes Wahljahr“ preist und Politiker wie Medien angesichts der bevorstehenden Urnengänge in hektische Betriebsamkeit verfallen, reagieren viele Bürger noch recht zurückhaltend. Da sich die Bindungen der Wähler an die Parteien gelockert haben, ist das Stimmverhalten unberechenbarer geworden. Hinzu kommen das breitere Parteienspektrum und ein auf Bundesebene reformiertes Wahlrecht, dessen Auswirkungen auf die Sitzverteilung kaum abzusehen sind. Der Wahlausgang verspricht daher spannend zu werden – und die Regierungsbildung schwieriger.

Das bundesdeutsche Wahlrecht glich lange Zeit einer schlafenden Schönheit – unantastbar und weithin bewundert ob seiner vermeintlichen Vorzüge. Ausgelöst durch mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts, hat sich diese Situation inzwischen merklich gewandelt: Am Wahlrecht wird auf Bundesebene gedreht und geschraubt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. All dies geschieht jedoch weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit und den Medien, die sich angesichts der Komplexität der Materie eher resigniert abzuwenden scheinen, statt den Reformprozess an diesem Fundament unserer Demokratie kritisch zu begleiten.

Ungenügende Reform

Die Änderungen im Wahlrecht griff Joachim Behnke von der Zeppelin Universität Friedrichshafen auf. Er kritisierte, dass sich die aktuelle Wahlrechtsdiskussion zu sehr auf die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Regelungen konzentrierte – wesentlich angebracht wäre es hingegen, zunächst über den Zweck des Wahlsystems nachzudenken und erst danach das Gesetz entsprechend zu formulieren. Als zentrales Problem der bisherigen Rechtslage identifizierte er die Überhangmandate, die zuletzt auch vom Bundesverfassungsgericht ab einer bestimmten Größenordnung als verfassungswidrig gebrandmarkt wurden. Behnke verwies darauf, dass allein die

Überhangmandate der CDU/CSU bei den Wahlen 2009 etwa 1,5 Millionen Wählern entsprochen hätten – diese zusätzlichen Stimmen hätte die Union ohne Überhangmandate benötigt, um die gleiche Zahl von Sitzen im Bundestag zu erreichen. Die jüngst verabschiedete Reform, die Überhangmandate nicht verhindert, aber durch so ge-



Sigmund Gottlieb: Journalisten greifen zu Skandalisierung, Generalisierung und Banalisierung
Fotos: Groß / Zerbel

nannte Ausgleichsmandate für die anderen Parteien kompensiert, könne angesichts zahlreicher Widersprüche und Mängel jedoch ebenfalls nicht überzeugen, so der Wahlforscher. Beispielsweise könne es auch ohne Überhangmandate zu Ausgleichsmandaten kommen, während in anderen Konstellationen der eigentlich erforderliche Ausgleich von Überhangmandaten

unterbleibe. Und schon ein einzelnes Überhangmandat kann den Bundestag beträchtlich aufblähen: Behnke schätzt, dass aktuell bei der CSU, die den größten Hebeleffekt hat, ein Überhangmandat etwa 20 Ausgleichsmandate für die anderen Parteien nach sich ziehen würde. Sein Resümee fiel dementsprechend ernüchternd aus: Das Gesetz sei zu kompliziert und widersprüchlich, der Bundestag werde künstlich aufgebläht und damit möglicherweise handlungsunfähig. Langfristig müssten daher die Überhangmandate vermieden werden – entweder durch eine Verringerung des Anteils der Direktmandate an allen Mandaten oder durch die Einführung von Zwei- oder Mehrmannwahlkreisen. Auch das neue Wahlgesetz sei daher nur eine Übergangslösung – die nächste Reformrunde stehe bevor.

Sigmund Gottlieb, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, diagnostizierte einen zunehmenden Entfremdungsprozess zwischen Bürgern und Politik, den er auf die nachlassende Erklärungskompetenz vieler Spitzenpolitiker angesichts immer komplexerer Sachfragen zurückführte. Dies trage wesentlich zu einem Gefühl der Orientierungslosigkeit bei.

Orientierungslosigkeit verstärkt durch Medien

Die Enttäuschung der Wähler werde auch durch die Medien verstärkt, die in einen Beschleunigungsprozess geraten seien und dabei die Erwartung weckten, dass auf die Live-Information auch die Live-Lösung der politischen Probleme folgen müsse. Journalisten, so Gottlieb, seien zudem inhaltlich zunehmend überfordert. Sie griffen daher auf Ersatzinstrumente wie Skandalisierung, Generalisierung und Banalisierung zurück. Die Medien müssten stattdessen ihre themenspezifische Kompetenz stärken und Politik nachvollziehbar erklären.



Mit den Modellen zur Erklärung des Wahlverhaltens setzte sich Bettina Westle von der Universität Marburg auseinander.

Rückläufige Parteienbindung

Während beim mikrosoziologischen Modell die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen wie der Familie oder dem Kollegenkreis ausschlaggebend sei, führe der makrosoziologische Ansatz das Wahlverhalten auf sogenannte Cleavages zurück – Konfliktlinien, die im Zuge von Entwicklungskrisen moderner Gesellschaften entstanden sind. Aus diesen Konflikten, seien es Span-

fast zwei Drittel aller Menschen verfügten. Und wenn sich ein Wähler mit einer Partei identifiziere, sei dies unvermindert das Hauptmotiv für sein Stimmverhalten.

Den nachlassenden Einfluss der Cleavages bestätigte Richard Hilmer, Geschäftsführer von Infratest dimap (siehe auch den Bericht auf Seite 11). So verliere etwa die SPD ihre Stammwähler und schneide bei den Arbeitern inzwischen sogar unterdurchschnittlich ab. Mit Blick auf die kommende Bundestagswahl hob er hervor, dass einerseits die Kanzlerin über sehr hohe persönliche Zustimmungswerte verfüge. Andererseits sei eine deutli-

ten auf die Wahlergebnisse, denn diese könnten noch stark von unvorhersehbaren Ereignissen und Entwicklungen, beispielsweise der Euro-Krise beeinflusst werden. Der Wahlausgang sei daher, so sein Fazit, im Bund und Freistaat noch offen.

Bayerische Perspektiven

Um Köpfe, Konfliktfelder und Kampagnen im bayerischen Wahlkampf ging es bei der anschließenden Diskussion mit Politikern aus allen fünf im Landtag vertretenen Fraktionen. Gleich zu Beginn provozierte Markus Blume, Sprecher der Jungen Gruppe der CSU-



Abgeordnete diskutierten die Perspektiven der Parteien im Bund und in Bayern: von links Natascha Kohnen (SPD), Jerzy Montag (Bündnis 90/Grüne), Michael Piazzolo (FW), Moderatorin Ursula Münch, Markus Blume (CSU) und Miriam Gruß (FDP)

nungen zwischen Staat und Kirche oder Arbeit und Kapital, entwickelten sich Parteien und gingen die politischen Präferenzen breiter Wählerschichten hervor. Angesichts ihrer stark rückläufigen Prägekraft und der Auflösung gesellschaftlicher Milieus sinke die Wahrscheinlichkeit, eine klassische CleavagePartei zu wählen, jedoch rapide. Demgegenüber berücksichtige etwa der sozialpsychologische Ansatz auch kurzfristige Einflüsse auf die Stimmvergabe wie die Kandidaten- und Themenorientierung der Wähler.

Westle unterstrich den Bedeutungsgewinn der Spitzenkandidaten für die Entscheidung gerade unentschlossener Wähler, der sich auch in einer zunehmenden Personalisierung der Wahlkämpfe widerspiegele. Gleichwohl dürften traditionelle Bindungen an bestimmte Parteien nicht vernachlässigt werden, über die immer noch

che Mehrheit der Wahlberechtigten mit der Arbeit der Bundesregierung eher nicht zufrieden, und 55 Prozent der Befragten wünschten sich im April 2013 einen Regierungswechsel im Bund.

Wahlausgänge offen

In Bayern hingegen bescheinigten zwei Drittel der Befragten der Landesregierung eine gute Arbeit, wovon vor allem die CSU profitiere. Deren Spitzenkandidat würde bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten zudem klar seinen Herausforderer Christian Ude schlagen. Bei den wichtigsten politischen Themen rangierten Bildung und Arbeitslosigkeit vor der Landtagswahl ganz oben – Politikfelder, bei denen der CSU eine große Problemlösungskompetenz zugesprochen würde. Hilmer warnte abschließend jedoch vor voreiligen Wet-

Landtagsfraktion, den Widerspruch seiner Kollegen, als er die CSU als einzige verbliebene Volkspartei bezeichnete. Die politischen Probleme, so Blume, seien häufig sehr komplex und dem Wähler immer schwieriger zu vermitteln. Eine gute Regierungsbilanz allein reiche jedoch nicht, um Wähler zu überzeugen – eine Partei müsse vielmehr schlüssige Zukunftskonzepte vorlegen, um viele Stimmen zu erhalten.

Natascha Kohnen, Generalsekretärin der BayernSPD, will im Wahlkampf auf Themen wie Mindestlohn, soziale Ungerechtigkeit und Bildung setzen. Auch per Social Media sollten diese Schwerpunkte authentisch kommuniziert werden. „Wahlkampf muss kreativ sein“, erklärte Kohnen.

Den Mensch in den Mittelpunkt stellen – so formulierte Michael Piazzolo, Generalsekretär der Freien Wähler in



Bayern, das Motto seiner Partei. Den Freien Wählern werde es weniger um die Köpfe der Spitzenkandidaten gehen, sondern eher um die Themen Bildung, Verkehr und Energie.

Bündnis 90/Die Grünen wollen ihren Wahlkampf gezielt auf Menschen ausrichten, die sich vorstellen könnten, grün zu wählen. Hier liegt laut Jerzy Montag, rechtspolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag, noch ein großes unerschlossenes Wählerreservoir seiner Partei. Themen, die im Mittelpunkt des Wahlkampfes der Grünen stehen, seien Bildung, Familienpolitik, soziale Gerechtigkeit und Umweltpolitik.

Nach Ansicht von Miriam Gruß, Generalsekretärin der bayerischen FDP, gehörten Inhalte und Köpfe im Wahlkampf zusammen. Ein wichtiges Thema der FDP werde die Neuverschuldung sein. „Erschwert wird der Wahlkampf durch die fast parallel liegenden Termine von Landtagswahl am 15. September und Bundestagswahl am darauffolgenden Wochenende“, kritisierte Gruß.

Die CSU, so versicherte Blume, werde keinen Koalitionswahlkampf führen, sondern als eigenständige Kraft antreten. Hingegen setze die FDP nach den Worten von Gruß eher auf einen Lager-Wahlkampf.

Doch wie ausgeprägt ist ein Denken nach Lagern tatsächlich? Auf diese Frage von Akademiedirektorin Ursula Münch, die die Diskussion moderierte, bestritt Piazzolo von den Freien Wählern, dass die Lager noch klar unterscheidbar seien. Seine Partei wolle sich auf Inhalte konzentrieren und erst nach der Wahl über Koalitionen entscheiden.

Demgegenüber vertrat Kohlen seitens der SPD die Auffassung, dass ein Bündnis ihrer Partei mit Grünen und Freien Wählern durchaus als Machtoption gegen die bestehende Koalition wahrgenommen würde. Auch Montag schloss sich dieser Haltung an,

betonte aber zugleich, dass grundsätzlich alle demokratischen Parteien untereinander gesprächs- und koalitionsfähig sein sollten.



„Neues Selbstvertrauen“

Zeichnung: Tomicek

Jürgen W. Falter, Parteienforscher von der Universität Mainz, nahm die Volksparteien kritisch in den Blick, die zu einem Schatten ihrer selbst geworden seien. Dies zeige sich nicht nur an den



Jürgen W. Falter: „Geweckte Erwartungen können kaum noch erfüllt werden“

im Vergleich zu den 1970er Jahren mageren Wahlergebnissen, sondern vor allem auch an den rapide gesunkenen Mitgliederzahlen.

Verantwortlich sei neben der zunehmenden Individualisierung unserer Gesellschaft, unter der auch andere Großorganisationen des vorpolitischen Raums zu leiden hätten, vor allem die Abnutzung der Volksparteien in Regierungsverantwortung. Zwar behaupteten die Regierungsparteien

unverändert, über umfassende politische Problemlösungskompetenzen zu verfügen. Durch Europäisierung und Globalisierung sei die tatsächliche Gestaltungsmacht nationaler Regierungen jedoch erheblich beschnitten worden, so dass die Parteien die von ihnen selbst geweckten Erwartungen der Wählerschaft kaum noch erfüllen könnten. Das Verhältniswahlsystem erfordere zudem in der Regel Koalitionsregierungen, bei denen politische Kompromisse unausweichlich sind. Auch dies führe zu Enttäuschungen bei den Wählern, die sich von der Politik abwendeten. Die Chancen neuer Parteien, die thematische Nischen besetzen, seien momentan größer denn je, so Falters Fazit.

Die Mechanismen der Koalitionsbildung analysierte Uwe Kranenpohl von der Evangelischen Hochschule Nürnberg. Als Standardmodell in Deutschland identifizierte er die sogenannten minimalen verbundenen Gewinnkoalitionen, also Parteibündnisse, die über eine parlamentarische Mehrheit verfügen, in der jeder Partner für die Aufrechterhaltung dieser Mehrheit erforderlich ist und die eine möglichst große programmatische Schnittmenge aufweisen.

Scheu vor Dreierbündnissen

Restriktionen ergäben sich aber durch die ausgeprägte Scheu vor Dreiparteienkoalitionen, so dass gleichwohl häufig Große Koalitionen gebildet würden. Uwe Kranenpohl kritisierte zudem die weitverbreitete „Ausschleiberitis“ der Parteien im Vorfeld von Wahlen, die die spätere Regierungsbildung unnötig erschweren würde. Er mahnte daher die Parteien zu mehr Offenheit und konstatierte, dass mitunter auch erzwungene Koalitionen erfolgreich und erstaunlich unkompliziert arbeiten würden. ■

Jörg Siegmund / Anna Breslavskya /
Miriam Zerbel

Über Unterbayern

Musikkabarett mit Hans Well und den Wellbappn

Der ehemalige Kopf der „Biermösl Blossn“ Hans Well hat nach der Trennung von seinen Brüdern Christoph und Michael eine neue Formation gegründet, in der er seine Begeisterung für echte bayerische Volksmusik mit satirischen Texten ausleben kann. Zusammen mit seinen Kindern (den „Wellbappn“ Tabea, Sarah und Jonas) bietet er musikalisches Kabarett vom Feinsten. Das bewies die Gruppe (leider ohne Sarah) bei einem mitreißenden und das Publikum begeisternden Konzert in der Akademie. Lachen garantiert.

Was schon die Biermösl Blossn ausgezeichnet hat, setzt Hans Well mit seinen Kindern fort: spitzzüngiger Spott und bissige Satire kombiniert mit musikalisch eindrucksvollen Darbietungen. Hans Well sorgt mit seinen Texten für feinsinnigen Tiefgang.



Hans Well mit der Drehleier

Dass es nicht zu ernst wird, ist den jüngeren Mitgliedern der Wells zu verdanken, die frischen Wind mitbringen: Themen aus dem jugendlichen Alltag im Dorf und auf dem Land: von Facebook-Partys übers Bierzelt bis zur Schule.

Mit einer Vielzahl von Instrumenten hüpfte das Kleeblatt in Tutzing von einem heißen Eisen zum nächsten: Kontrabass und Komasaufen, Bratsche und Bildungsreform. Am Ende war die Bühne übersät und voll gestellt

mit Musikinstrumenten aller Art, so dass die beiden Alphörner kaum noch Platz fanden. Da half dann das Publikum einfach mit beim Tragen und Halten. Traditionell wird jeder Konzertort auf ganz eigene Weise gewürdigt. Das war auch in Tutzing nicht anders. Die

Fakten recherchierte Hans Well eine Stunde vor Beginn und strickte dann hinter der Bühne mit heißer Nadel den Text, der erst in den letzten Minuten vor Beginn des Konzerts fertig wurde (siehe Kasten). ■

Miriam Zerbel



Musikalisches Kabarett vom Feinsten: Hans Well mit seinen Kindern Tabea und Jonas

Das Wellbappn-Begrüßungslied über Tutzing

Griaß enk God es liabn Leit!
Ja sogts amoi, wo sama heit?
Ja sogts, wo sama do heit glandt?
In der Akademie mit dem schönstn Seeblick vom Bayernland!
Wo der Geist vom Prof. Oberreuter noch wabert
Und ma froh is, dass da Thomas Goppel net labert.
Heit sama im bayrischen Paradies,
wo a billige Wohnung soitner wia a Sechser im Lotto is.
Wo da kloanere Teil von der Scher wohnt, de ausaanderklafft
Und da Immobilienmakler unter der Rubrik Eldorado verkafft.
Wo manche, de am Wochenende Aquarelle moin,
In da Schweiz statt in Tutzing ihre Steiern zoin.
Heit hot uns s´ Schicksal dohi verschlogn,
Wos ein Riesenbauloch in da Ortsmittn hom.
Wo ma de Kinder die Ewigkeit so erklärt,
Des is dann, wenn des Verkehrsproblem amoi gelöst werd.
Wo ma ein Supermuseum sein eigen nennt,
Wo´s da Feldafinger notorisch ablehnt.
Wo´s so schwarz san rundrum in de Derfa,
Dass sogar bei Mondfinsternis no an Schattn werfa.
Wo ma in Starnberg beobachtn kann,
Wos für a verheerende Wirkung Botoxspritzn hom.
Wo ma beim Wahlkampf koa Schlaftablettn mehr braucht mittlerweile,
Wenn ma 5 Minutn am Gautinger zuhert namens Zeil!

„Alte Daten sind die größte Manipulation“

Matthias Jung und Jörg Schönenborn über die Macht der Demoskopien

Am 15. September wählen die Bayern einen neuen Landtag – eine Woche vor der Bundestagswahl. Ob und wie Demoskopie die 9,4 Millionen Wahlberechtigten im Freistaat beeinflusst, diskutierte Akademiedirektorin Ursula Münch mit Meinungsforscher Matthias Jung von der Forschungsgruppe Wahlen und Chefredakteur Jörg Schönenborn vom WDR beim 47. Akademiegespräch im Landtag.

Ursula Münch erinnerte daran, dass die Veröffentlichung von Umfragewerten immer eine Kettenreaktion von Kommentaren, Publikationen und Expertenmeinungen nach sich ziehe. „Sie dienen zur Selbstvergewisserung, Bestätigung oder auch zur Disziplinierung abtrünnig werdender Parteikollegen“, so Münch. Problematisch sei, wenn diese Umfragen als Begründung für politische Entscheidungen genutzt würden. Zum einen könnten Politiker so ihrem eigenen Willen eine Pseudo-Legitimation geben. Zum Anderen müssten auch hin und wieder Entscheidungen gegen den vermeintlichen Willen der Wähler getroffen werden. Demoskopie und Medien stecken in einem Dilemma. Durch die Auflösung sozialer Milieus lasse die Bindung an Parteien nach. Gleichzeitig entstünde ein größeres Bedürfnis nach Orientierung an Umfragen. Und die Entscheidung für eine Partei oder Kandidaten fällt immer kurzfristiger vor dem Wahlsonntag. So werden Prognosen immer schwieriger. Umfragen sind und bleiben Momentaufnahmen und liefern nur kurzfristige Stimmungsbilder.

Transparenz und Pluralismus

Matthias Jung von der Forschungsgruppe Wahlen betonte, Demoskopie finde nicht im Labor statt. Um den Einfluss veröffentlichter Umfragen auf den Wähler zu messen, seien keine Experi-

mente möglich wie in den Naturwissenschaften. Wähler reagierten auf die Daten sehr unterschiedlich und nicht vorhersehbar: Ein schlechtes Ergebnis für eine Partei könne zu einer „jetzt erst recht“-Solidarität führen oder aber zugleich auch zu Resignation und Hinwendung zu einer anderen, vermeintlich stärkeren Partei. Bei positiven Ergebnissen wiederum könne es sein, dass die Wähler sich dem wahrschein-

lichen Sieger anschließen und ihn noch stärker machen („Band-Waggon-Effekt“). Oder sie gehen überhaupt nicht zur Wahl, weil sie sie bereits als gelaufen ansehen. Drei Bedingungen sind für Jung wichtig:

1. Pluralismus der Meinungsforschungsinstitute, um Konkurrenz zu gewährleisten;
2. Maximale Transparenz, d.h. alle Datensätze werden zur Verfügung gestellt und können von anderen Wissenschaftlern nachgerechnet werden;

3. Alle Rohdaten werden veröffentlicht – nicht nur die „Sonntagsfrage“. „Unsere Hexenküche ist offen“, sagte Jung.

Jung will erreichen, dass zukünftig auch noch kurz vor Wahlen Umfragen veröffentlicht werden dürfen. Denn: „Immer wenn es spannend wird, dürfen wir nichts mehr raus geben. Alte Daten sind aber die größte Manipulation.“

WDR-Chefredakteur Jörg Schönenborn sieht das anders. Er will für die ARD an der jetzigen Regelung festhalten: Eine Woche vor der Wahl werden keine Umfragen mehr veröffentlicht. Am Wahltag selbst wird mit großem Aufwand die Prognose für 18.00 Uhr erhoben. In repräsentativ ausgewählten



Kontroverses zur Demoskopie in den Medien boten Jörg Schönenborn (rechts) und Matthias Jung. Links Akademiedirektorin und Moderatorin Ursula Münch

Foto: Zerbel

Wahllokalen werden die Wähler von infratest dimap mit eigenen Wahlurnen noch einmal um eine Stimmabgabe gebeten. Diese Daten werden dann stündlich ausgezählt und zentral aufbereitet.

„Am Nachmittag wissen wir dann ungefähr, wie es ausgeht“, sagte Schönenborn. Mittlerweile liege der Stammwähleranteil nur noch bei 15 Prozent und rund ein Drittel der Wähler entscheide sich erst in den letzten Tagen vor der Wahl. In dieser Phase müsse man sehr vorsichtig sein mit ungesicherten Informationen und Daten.



In den vergangenen Jahren seien die Prognosen zwar immer besser und treffsicherer geworden, aber es gebe sehr viele Widersprüche zwischen Popularität und Wahlentscheidung: „Frau Merkel ist viel beliebter als die Zahlen für die Union erwarten lassen.“

Widersprüche

Und soziale Gerechtigkeit ist den Wählern wichtig und sie sehen bei der SPD dafür die größte Kompetenz. Aber sie wählen deshalb noch nicht den Kandidaten Steinbrück. Umfragen sind wie

Flüssigbeton. Es kommt darauf an, was man daraus macht“, sagte Schönenborn. Meinungsforscher Jung wies darauf hin, dass nicht nur Medien, sondern auch Parteien Auftraggeber von Umfragen seien. Die seien oft nur auf Schlagzeilen aus. Nicht ins Konzept passende Zahlen würden auch nicht veröffentlicht. Schönenborn sieht die größer werdende Zahl von Wechselwählern auch als Ergebnis von geringer werdendem politischem Interesse: „Sie werden immer anfälliger für Kampagnen und Stimmungen.“

Müssen die Sender auf die immer knapper werdenden Wahlergebnisse und lange unsicheren Regierungskonstellationen reagieren? Müssen die Redaktionen auf frühe Interviews mit Politikern auf der Basis vager Prognosen verzichten und handfeste Zahlen abwarten? Von einer Veränderung der derzeitigen Praxis der Berichterstattung am Wahlabend hält Schönenborn nichts: „Ab 18 Uhr kommt es zum zweiten Wahlkampf. Es geht um die Deutungshoheit des Wahlausgangs“, sagte der WDR-Chefredakteur. ■

Michael Schröder

Augenblicke – Begegnungen – Lebenslinien Ausstellung von Martin Widl im Foyer

Feuer und Wasser, Luft und Erde, Lebenskraft und Vergänglichkeit. Diese Kontraste beschäftigten schon die großen Denker der antiken Philosophie und beeindruckten nun farbenfroh dargestellt in den Werken des Erdinger Künstlers Martin Widl. In seiner Ausstellung „Lebenslinien“ mit großflächigen Arbeiten vereint der Künstler auf seine Weise das nicht Greifbare philosophischer Gedanken mit Lebensthemen und dem Lauf der Natur.

Widls Schaffen ist geprägt vom Einfluss der informellen und experimentellen Malerei, die für ihn ein ständiges Entdecken und Verwerfen, ein Werden und Vergehen, ein Suchen und Finden bedeutet. Zugleich heißt dies aber auch Scheitern, das Risiko anzunehmen, in neue Räume und räumliche Distanz einzudringen, sich frei machen von Zwängen und sich dem ungehemmten Arbeitsprozess hingeben.

Erde und Sand, Asche und Rost

Auch der Entstehungsprozess seiner Werke spielt dabei eine prägende Rolle: Die Verwendung von Naturmaterialien wie Erde, Sand und Asche, zusammen mit Acryl- und Ölfarben sowie Pigmenten lässt viele Schichten, Überlappungen und unterschiedliche Malspuren entstehen, die seinen Wer-



Bei seinen Bildern greift Martin Widl neben Pinsel und Spachtel auch zur bloßen Hand

ken Räumlichkeit verleiht. Neben Pinsel und Spachtel greift Widl auch zur bloßen Hand, und erzielt dabei eine starke Implementierung in den laufenden Arbeitsprozess. In seinen Rostarbeiten zeigt er die Veränderung natürlicher Gegebenheiten auf: Rost als das Symbol des Vergänglichen und zugleich der Schönheit des Alters. Die Kunst von Martin Widl sei „sozusagen vorsokratisch strukturiert“, weil sie das gesamte Wahrnehmbare

der Schöpfung darstelle und somit eine „Gesamtschau der Welt“ widerspiegeln, sagte der Erdinger Kulturreferent Hartwig Sattelmair in seiner Laudatio zur Vernissage. In Widls Werken sei das Dasein nicht abgebildet, sondern durchdacht und neu bebildert, wodurch der Künstler Momentaufnahmen geschaffen habe, die „in dieser Form so nie mehr sein werden und vorher noch nicht gewesen sind“. ■

Anna Erhart

Die Werke des Künstlers können noch bis zum 6. August im Foyer des neuen Auditoriums der Akademie besichtigt werden.
Die Öffnungszeiten: Mo. – Do. 8 – 17 Uhr, Fr. 8 – 14 Uhr.

Wahlberichterstattung besser gemacht!

Redaktionskonferenz für Lokaljournalisten

Bundestagswahl, Landtagswahlen in Niedersachsen, Bayern und Hessen, Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein – an dem Thema Wahlen kommt dieses Jahr keine Lokalzeitung vorbei. Bei einer Redaktionskonferenz* für Lokaljournalisten wurde die Frage gestellt, wie eine Berichterstattung über dieses urpolitische Thema aussehen muss, damit sie Machern und Lesern Spaß macht.

Ziel der Tagung war es, Ideen zu entwickeln, die keine Gedanken an Pflichtlektüre aufkommen lassen. Denn angesichts der großen Zahl von Nichtwählern wird befürchtet, dass die Wahlberichterstattung an einem Großteil des Publikums vorbeigeschrieben wird. Anregungen, wie man das verhindern kann, gaben zum einen Referenten aus Journalismus, Wissenschaft und Politik. Zum anderen erarbeiteten die teilnehmenden Journalisten in drei Arbeitsgruppen konkrete Konzepte für eine spannende und unterhaltsame Berichterstattung.

Wahlretter Lokaljournalismus

Heute spreche man vom „Wahlretter Lokaljournalismus“, so Dieter Golombek, Sprecher der Jury des Deutschen Lokaljournalistenpreises und Begründer des Lokaljournalistenprogramms der Bundeszentrale für politische Bildung. Doch das war nicht immer so: „Lange fehlte den Lokalredaktionen das Selbstbewusstsein, sich als Mitgestalter der politischen Willensbildung zu begreifen“, sagte Golombek. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, fordert er: „Der Lokaljournalismus muss seinen Auftrag in der Machtbalance ernst nehmen und trotz Zeitdrucks an der politischen Öffentlichkeitsarbeit in einer Demokratie mitwirken.“ Unerlässlich dabei sei ein gut durchdachtes und ausgearbeitetes Konzept, damit die Redaktion von der

bevorstehenden Wahl nicht überrumpelt wird. Dabei gelte es, zahlreiche Fragen zu klären wie diese: „Ziehen alle Ressorts an einem Strang? Wie kommt man in die Offensive? Wie entlockt man mehr als wohl gesetzte Statements? Wie kommt man gegen den Populismus der Wahlkämpfer an? Ist der Chefredakteur Verbündeter oder Feind im eigenen Haus?“



Dieter Golombek: „Gut durchdachte Konzepte sind unerlässlich“

Fotos: Prechtl

Für ein grundlegendes Konzept für die Wahlberichterstattung spricht sich auch Sylvia Binner, die Chefin vom Dienst beim Bonner General-Anzeiger, aus: „Man muss sich auf die Situation vor Ort besinnen und vorher vereinbaren, wie man im Wahlkampf unterwegs sein will.“ Gerade der Umgang mit extremen Parteien sei ein Thema, das in-

nerhalb der Redaktion diskutiert werden sollte. Es gelte, für alle die Wahlberichterstattung betreffenden Bereiche Richtlinien aufzustellen und diese auch nach außen hin zu kommunizieren: „Regeln sind da, um sich auch einmal eine Ausnahme davon zu nehmen. Aber ohne Regeln ist es ein Schlingerkurs“, so Binner.

Themenlieferanten

Klare Richtlinien fordert Martin Jungfer, Leiter Neue Medien beim Konstanzer Südkurier, auch für die Wahlberichterstattung im Internet: „Es gilt zu klären, wo man Inhalte frei zur Verfügung stellt und wo man dafür bezahlen lässt.“ Für Jungfer gilt: „Das Netz ist nicht der Feind in einer Redaktion, sondern der Freund. Deshalb sollte man das Internet auch als vollwertigen Mitspieler der lokalen Wahlberichterstattung einer Zeitung anerkennen“, fordert er. Und auch der journalistischen Recherche würden neue Möglichkeiten eröffnen: „Soziale Netzwerke sind sehr gute Themenlieferanten. Hier lassen sich Geschichten entdecken, die man vorher so nicht gesehen hat.“ Außerdem ließen sich so jüngere Zielgruppen erreichen und mitnehmen.

Auf die Gruppe der Unter-Achtzjährigen zielt das Projekt „U18“, das Jörg Riebartsch, Chefredakteur des Darmstädter Echos, vorstellt: „Die Grundidee ist, Jugendliche für Politik zu begeistern und sie selbst wählen zu lassen.“ Dabei müsse über die Programme der Parteien informiert und über demokratische Spielregeln aufgeklärt werden: „Gerade das Prinzip der Erst- und Zweitstimme bereitet am Anfang noch etwas Schwierigkeiten“, so Riebartsch. Die Ergebnisse der U18-Wahl, die von der Redaktion in Kooperation mit Schulen und örtlichen Unternehmen organisiert wird, werden dann in der Zeitung veröffentlicht: „Mutige Blätter bringen die Auszäh-

*In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Projektteam Lokaljournalisten

lung der U18-Wahl noch vor der Bundestagswahl. Das sorgt für Zündstoff“, sagt Jörg Riebartsh. Und gerade crossmedial könne dieses Projekt wunderbar aufbereitet werden.

Multimedia-Wahlkampf

Nicht nur für Lokalredaktionen werden der eigene Online-Auftritt und die Nutzung der sozialen Netzwerke immer wichtiger, auch Politiker und deren Wahlkampfteams müssen digitale Präsenz zeigen: „Wir müssen die Leute da abholen, wo sie sind. Und das ist eben vor allem auf Facebook, Twitter und Youtube. Dort machen wir dann auf die Inhalte aufmerksam, die die SPD anbietet“, so Hans-Jörg Vehlewald, einer der Wahlkampfmanager der SPD. Damit könne die Partei auch eine Doppelstrategie verfolgen: „Sowohl Mitglieder als auch Interessierte, die Informationen suchen, werden im Web 2.0 angesprochen.“



Hans-Jörg Vehlewald organisiert den online-Wahlkampf der SPD

Ein Blick auf die Präsidentschaftswahlen in den USA lässt vermuten, welches Potenzial sich in den sozialen Netzwerken entfalten kann. Doch hier wie dort geht es letztlich um handfeste Unterstützung, weiß der ehemalige BILD-Journalist Vehlewald: „Online-Plattformen dienen dazu, ‚offline‘ Kontakte zu generieren und zum Mitmachen im ‚real life‘ zu bewegen.“

Beim Wahlkampf seien weiterhin analoge Medien unverzichtbar: „Erst dann, wenn die Kandidaten von Laternen-

JOURNALISTEN-READER

**WAHLBERICHTERSTATTUNG
BESSER GEMACHT!**

*Willst Du mit mir
gehen?*

ja
 mein
 vielleicht

Redaktionskonferenz 1/2013
6. bis 8. Februar
in Tutzing

Videos aus der Tagung mit Teilnehmern und Referenten sowie den Reader zur Tagung von Anke Vehmeier finden Sie zum Download beim Tagungsbericht auf www.apb-tutzing.de

masten und Großwerbeflächen lächeln, merken die meisten Menschen, dass wohl bald Wahlen anstehen.“ Aber es sollte zweigleisig gefahren werden: „Die sozialen Netzwerke sind die schnellsten und oft auch unmittelbarsten Medien. Die Menschen können über die Kommentarfunktion direkt partizipieren.“

Der „schwarze Peter“

Wie wichtig multimedialer Wahlkampf ist, weiß Peter Tauber. Der CDU-Bundestagsabgeordnete ist nicht nur auf Facebook und Twitter aktiv und hat eine eigene Homepage, sondern informiert Interessierte regelmäßig mit seinem Newsletter, dem „Brieftauber“, und bloggt unter dem Pseudonym „Schwarzer Peter“ auf seinem gleichnamigen Blog. Dabei war der CDU-Politiker nicht von Anfang an so In-

ternet affin, sondern machte aus der Schwäche seines Gegenkandidaten seine Stärke und entdeckte die neuen Kommunikationskanäle für sich: „Ein Kandidat, der glaubt, er kann auf Social Media verzichten, hat etwas nicht verstanden. Wenn er das Vertrauen der Menschen will, muss er dahin, wo sie sich aufhalten. Diese Art von Kommunikation ist unerlässlich.“

Tauber begreift das Web2.0 als „Chance für die Demokratie und für Meinungsäußerung“ und beobachtet ein neues Dreiecksverhältnis zwischen Journalisten, Lesern und Politikern, „wenn zum Beispiel ein Politiker unmittelbar Rückmeldung von den Lesern auf den Artikel eines Journalisten bekommt und darauf direkt reagieren kann“. An seine Politikerkollegen und an Journalisten appelliert Tauber gleichermaßen, die Dynamiken in den



sozialen Netzwerken nicht zu unterschätzen: „Es gibt spannende Geschichten, die im Internet schlummern. Viele Debatten kommen erst aus dem Netz – dann wird in den klassischen Medien darüber berichtet.“



Der Bundestagsabgeordnete Peter Tauber ist ein Multi-Media-Wahlkämpfer

Einfluss der Demoskopie

Die Meinungsforschung geht bei ihrer Datenerhebung noch eher klassisch vor, Online-Umfragen stellen die Ausnahme dar: „Die Erreichbarkeit von Online-Umfragen liegt bei 70 Prozent. Das ist noch nicht ausreichend für



Richard Hilmer weist den Vorwurf der Manipulation durch Demoskopie zurück

repräsentative Erhebungen, zumal es hier bislang noch keine Möglichkeit von Zufallsstichproben gibt“, so Richard Hilmer, Geschäftsführer von Infratest dimap. Stattdessen setzt das Umfrageinstitut – das unter anderem



Leitungsteam und Moderatorinnen der Redaktionskonferenz im Tutzingener Schnee

Abgucken erlaubt

Die „drehscheibe“ ist ein Themendienst aus Lokalredaktionen für Lokalredaktionen. Die besten Ideen und gelungensten Geschichten aus Lokalzeitungen werden gesammelt und auf überregionaler Ebene zugänglich gemacht. Das umfangreiche Angebot steht für alle Abonnenten zum Download bereit. Durchklicken und inspirieren lassen: <http://www.drehscheibe.org/der-wahlen-blog.html>

für die ARD den Deutschlandtrend produziert – hauptsächlich auf gemischte Befragungen über Festnetz- und Mobiltelefone. Damit werde eine qualitativ hochwertige Flächenabdeckung und die Erreichbarkeit fast aller Wahlberechtigten gewährleistet.

Wichtig für die Wahlforscher und Journalisten ist der „Exit-Poll“, bei dem Wähler direkt nach dem Verlassen des Wahllokals befragt werden: „Bei einer Bundestagswahl werden bis zu 100.000 Menschen in zehn Stunden befragt. Das erlaubt dann um 18.00 Uhr eine Prognose, die das voraussichtliche Wahlergebnis sehr exakt wiedergibt“, so Hilmer.

Keine Manipulierung

Obwohl Journalisten ein großes Interesse an den Ergebnissen von Meinungsumfragen haben und gerne darüber berichten, müssen sich Demoskopien gelegentlich von ihnen den Vorwurf gefallen lassen, das Wahlergebnis durch ihre Zahlen zu manipulieren. Hilmer entkräftet diese Befürchtung: „Wir verpflichten uns selbst zu Qualität, Neutralität und Transparenz. Außerdem gibt es eine Konkurrenz verschiedener Institute und unsere Ergebnisse müssen sich an der Wirklichkeit messen lassen. Zudem gleichen sich der Mitläufer- und der Mitleidseffekt gegenseitig aus.“ ■

Susanne Prechtel

Wenn die neue Startbahn stört...

Sind technische Großprojekte in der Demokratie noch machbar?

Verschoben, verbaut, verplant: Große Bauvorhaben wie der Flughafen Berlin-Brandenburg, die dritte Startbahn am Münchner Flughafen, der Bahnhof Stuttgart 21 oder der Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen sind umstritten. Sie stoßen auf Widerstand in der Bevölkerung. Dabei sind solche technischen Großprojekte Ausdruck von Innovationskraft und technischem Fortschritt. Aber sie bieten eben auch Anlass für politische Kontroversen. Immer mehr Bürger wollen mitbestimmen bei den Entscheidungen über teure Projekte, die ihre Umwelt verändern. Bei der Tagung über „Großprojekte in der Demokratie“ ging es um die Bedeutung von Infrastrukturen. Erstmals kooperierte die Akademie dabei mit der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau. So kamen wissenschaftliche und technische Kompetenz zusammen.

Ist die Beteiligung von Bürgern an der Planung von Großprojekten eine Bremse oder eine Chance? Patrizia Nanz von der Universität Bremen zögerte nicht, diese Frage zu beantworten. „Wenn die Kriterien für eine handwerklich gut gemachte Bürgerbeteiligung erfüllt sind, dann hat das Potential.“ So ließen sich nicht nur gute Entscheidungen fällen und Akzeptanz schaffen, sondern es gelinge auf diesem Wege auch, Konflikte und Proteste zu reduzieren und Partikularinteressen einzelner Gruppen einzudämmen. Nicht zuletzt sei es zudem auch möglich, so Nanz, bei den Bürgern Verständnis für die Komplexität der Prozesse zu wecken.

Eingriffe in die Lebenswelt

Immer mehr Menschen wollen Mitsprachemöglichkeiten haben und das, obwohl die repräsentative Demokratie in einer Krise steckt. Sichtbar ist das unter anderem in der seit Jahren sinkenden Wahlbeteiligung. Geht es aber um die Stromtrasse vor der Haustür, dann ist die Aufmerksamkeit groß. Das ist nicht verwunderlich, greifen doch Infrastrukturprojekte wie Stuttgart 21 tief in die Lebenswelt der Bürger ein.

Eine informelle, dialog-orientierte Beteiligung der Menschen kann laut Nanz dazu beitragen, Bürger und Entscheidungsträger zusammen zu bringen. „Das Ziel muss aber immer sein, zu



Patrizia Nanz: „Bürgerbeteiligung kann gelingen“ Fotos: Prechtl

einer gemeinschaftlichen Willensbildung und zum Konsens bei der Entscheidung zu gelangen. Die Bürger wollen ernst genommen werden.“ Die zentrale Frage dabei ist allerdings: Wer ist betroffen?

Die Bremer Forscherin plädierte für eine gesteuerte Auswahl der beteiligten Bürger. Die solle nicht nach dem Motto erfolgen: Wer will, macht mit. So

sei eine repräsentative Vertretung der Bevölkerung nicht gewährleistet. Als zentrale Faktoren für das Gelingen von Bürgerbeteiligungen nannte Nanz:

- ein individuelles Prozessdesign,
- ein klar definiertes Ziel,
- alle Informationen müssen frei zugänglich sein,
- tatsächlich vorhandenen Gestaltungsspielraum,
- verlässliches Feedback von Entscheidern,
- klare Rollenaufteilung aller Akteure,
- professionelle Durchführung und Moderation
- sowie Kommunikation auf Augenhöhe.

Um Planungsvorhaben mit mehr Bürgerbeteiligung konkret zu gestalten, gibt es laut Nanz ein Erfolgsrezept. Demnach muss frühzeitig ein informelles Verfahren angeboten werden, das ergebnisoffen ist. Zudem brauchen die Bürger einen dauerhaften Ort der Beteiligung wie beispielsweise einen Baustellenrat.

Die meisten Gemeinden scheinen jedenfalls keine Angst vor Bürgerbeteiligung zu haben. Die Forscherin verwies darauf, dass „die meisten Kommunen mehr Chancen als Risiken bei der Einbindung der Bürger sehen.“

Rechtliche Grenzen

Tatsächlich gibt es gerade auf Ebene der Kommunen die meisten Möglichkeiten für Bürger, sich zu beteiligen:

„Auf kommunaler Ebene ist in allen Bundesländern die Form des Bürgerbegehrens und die des Bürgerentscheids vorgesehen. Allerdings mit einer Einschränkung: Das betrifft nur Angelegenheiten, die den lokalen Wirkungskreis nicht übersteigen“, so



Meinhard Schröder von der Universität München. Während auf Bundesebene Instrumente der direkten Demokratie praktisch nicht vorhanden sind, sieht das auf Landesebene schon ganz anders aus: „In allen Landesverfassungen ist eine Volksgesetzgebung vorgesehen.“ Der Jurist machte auf das Spannungsfeld zwischen Repräsentation auf der einen und Partizipation auf der anderen Seite aufmerksam: „Das Volk kann nicht alles selbst entscheiden. Deshalb wählt es Abgeordnete, die das gesamte Volk repräsentieren. Nach dem Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volk aus, die Ausübung liegt aber bei der Exekutive, Legislative und Judikative.“

Die Vorteile der repräsentativen Demokratie lägen auf der Hand: eine schnelle Entscheidungsfindung und eine zunehmende Professionalisierung. Allerdings könne bei den Bürgern ein Gefühl der Ohnmacht aufkommen und eine politische Entscheidung verliere an Akzeptanz, wenn die Bürger die Macht bei politischen Eliten und Lobbyisten konzentriert sehen.

Wie sieht es aber mit den Beteiligungschancen bei einer Projektplanung aus? „Zunächst muss beachtet werden, wer das Projekt initiiert. Sind es öffentliche Auftraggeber gibt es Einflussmöglichkeiten, bei Privatpersonen ist keine demokratische Beteiligung möglich“, differenziert Schröder. Ähnlich sieht es bei der Projektzulassung aus: „Private Antragsteller haben einen grundrechtlich fundierten Zulassungsanspruch, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Projekts erfüllt sind. Allerdings schreibt der Grundrechtsschutz durch Verfahren die Einbeziehung betroffener Dritter in das Zulassungsverfahren vor“, so Schröder.

„Seit dem Wirtschaftswunder herrschte ein unerschütterlicher Glaube an Technik und Wissenschaft – ich nehme mich da selber nicht aus. Der Aspekt der Ökonomie war lange der einzig entscheidende. Erst später kam die Ökologie dazu. Dass nun auch die Gesellschaft eine Rolle spielt, ist ein relativ neues Phänomen“, so Johann-Dietrich Wörner, Vorsitzender des Vor-

stands des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt: „Wir Ingenieure müssen weg von dem Modell Rechenknecht. Als Naturwissenschaftler haben wir auch die Verantwortung, der Politik zu sagen, was möglich ist und was nicht.“

„Weg vom Modell Rechenknecht“

Mittlerweile stelle sich allerdings die Frage, ob wir künftig überhaupt noch bauen können, provozierte Wörner. Den Schlüssel für eine gelungene Umsetzung von Großprojekten sieht er in einer erfolgreichen Mediation.

Aus seiner eigenen Erfahrung als Moderator beim Mediationsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens und dem im Anschluss daran ins Leben gerufenen „Regionalen Dialogforum“ weiß Wörner, an welchen Stellrauben man drehen muss, damit das Vermittlungsverfahren gelingt: „Es braucht einen Dialog innerhalb des Forums, mit den Betroffenen in der Region und mit den Entscheidungs-

eur auch auf die Grenzen einer Mediation hin: „Wir dürfen die Rechtssicherheit nicht durch alle diese Verfahren in Frage stellen. Eine Genehmigung muss auch dazu führen, dass man das Projekt durchsetzen kann. Das ist auch Rechtsstaat.“

Als Beispiel für ein gescheitertes Mediationsverfahren führt Wörner das Projekt „Stuttgart 21“ an: „Mit der Schlichtung wurde erst begonnen, als die Genehmigung schon auf dem Tisch war. Das ist viel zu spät. Auf die Reihenfolge kommt es an! Formale Verfahren und Bürgerbeteiligung müssen sich nicht ausschließen. Im Gegenteil: durch Kommunikation, Information und Dialog können sie sich sogar ergänzen.“

Legitimation durch Kommunikation

Auch für den Medienwissenschaftler Frank Brettschneider von der Universität Hohenheim ist die Kommunikation aller betroffenen Parteien der wichtigste Faktor, der zum Gelingen eines



Die ewige Baustelle: der neue Berliner Flughafen

Foto: wikimedia commons

trägern. Außerdem war es sehr hilfreich, dass wir die politische Szene immer wieder eingefangen und zu Beschlüssen genötigt haben.“

Eine Schlichtung dürfe nicht der Versuch sein, das Volk still zu halten“, so Wörner. Allerdings weist der Ingeni-

Großprojekts beitragen kann – er spricht von „Legitimation durch Kommunikation“. Damit das funktioniert, müsse frühzeitig und in allen Phasen der Projektplanung und -umsetzung Transparenz geschaffen und ein ständiger Dialog vorangetrieben werden: „Das Berufen auf ein rechtmäßiges Ver-



fahren reicht nicht aus. Es braucht ein durchdachtes Kommunikations-Management von der Grundlagenermittlung über die Vor-, Entwurfs- und Ausführungsplanung bis zur Bauausführung und Dokumentation im Nachgang eines Projekts“, so Brettschneider.

Er stellt die Frage, die bei jedem Großprojekt neu formuliert werden müsse: „Wo kann man im formalen Verfahren eine Verzahnung mit dem informalen



Frank Brettschneider: „Professionalisierung und Radikalisierung prägen die Protest-Kommunikation“

Verfahren erreichen?“ Ideal sei es, an jedem Punkt des Verfahrens alle relevanten Ansprechgruppen einzubeziehen, die Anwohner regelmäßig zu informieren, Alternativen zu diskutieren, die Pläne verständlich zu kommunizieren und zu visualisieren und das Projekt auch im wörtlichen Sinne greifbar zu machen, zum Beispiel durch Baustellenführungen. „Der Protest wird nie verschwinden, aber er wird weniger ideologisch und radikal“, sagt Brettschneider zuversichtlich.

Der NIMBY-Faktor

Der Bedarf an Großprojekten sei größtenteils anerkannt. Allerdings wolle niemand so eine Baustelle in seiner direkten Umgebung. „Das nennt man den NIMBY-Faktor – not in my backyard.“ Daneben gebe es weitere Gründe, die einen Protest wahrscheinlich machen: ökologische Bedenken, zu hoch wirkende Risiken und Kosten, ein scheinbar unklarer Nutzen, ideologische Differenzen, mangelndes Vertrauen in Politik und Projektträger, aber

auch zu wenig Diskussion von Alternativen und mangelnde Transparenz. Dadurch entstehe das Gefühl „von oben herab – über unsere Köpfe hinweg“, so Brettschneider.

Typische Merkmale der Protest-Kommunikation seien:

- Professionalisierung,
- Prominenz,
- Visualisierung,
- Radikalisierung in den sozialen Netzwerken,
- Emotionalisierung,
- Moralisierung und Kriminalisierung.

Lange Fehlerliste

Dieter Faulenbach da Costa, Architekt aus Offenbach, hat an der Planung vieler Flughäfen mitgewirkt und schilderte, was nach seiner Ansicht beim Willy-Brandt-Flughafen in Berlin falsch gelaufen ist. Seit 1990 ist Faulenbach



Zeichnung: Tomaschoff

da Costa mit dem Projekt in der Hauptstadt befasst. Detailliert schildert er die Planungen, die 2006 begannen. Dabei warnt der Fachmann: „Wenn bei der Planung zehn Prozent eingespart werden, steigen beim Bau die Kosten um das Zehnfache.“ Eine Einschätzung, die von vielen der anwesenden Ingenieure geteilt wird. Er hat viele Kritikpunkte: Von vornherein sei der Flughafen zu klein geplant worden. Schon zu Beginn habe es eine Diskrepanz gegeben zwischen den Zahlen für die Passagierabfertigung von 17 Millionen Menschen und dem erwarteten Passagieraufkommen von rund 27 Millionen Menschen. Als weiteres Beispiel führt er die Planung von zu kleinen Stauräumen vor der Passkontrolle an.

Seine Liste der handwerklichen Fehler ist lang. Der Referent spart nicht mit harten Worten: „So ein Projekt lässt sich nur gemeinsam erfolgreich an die Wand fahren, einer allein schafft das nicht.“ Seine Empfehlung lautet: Es solle eine Institution geschaffen werden, die solche Fehler sammelt und bei einem neuen Großprojekt den Aufsichtsräten zur Verfügung stellt. Eine Beteiligung der Bürger müsse unbedingt vor dem Projekt erfolgen. Die Mitbestimmung der Menschen sieht er positiv. „Bürgerbeteiligung beschleunigt Großprojekte und behindert sie nicht“, so sein Fazit.

Erfolgsbeispiel Wien

Ein Beispiel für ein erfolgreiches Großprojekt mit Bürgerbeteiligung ist der Wiener Hauptbahnhof. Projektleiterin Judith Engel schilderte, wie das Vorhaben verwirklicht wird, ohne dass negative Schlagzeilen entstehen. Auf einer Fläche von 106 Hektar entsteht nur vier Kilometer vom Stephansplatz entfernt ein Bahnhof, der ähnliche Dimensionen wie Stuttgart 21 hat. Auch die Problemlage ähnelt der in Stuttgart: zwei bestehende Kopf-Bahnhöfe aus der Nachkriegszeit, dichte Wohnbebauung, Vorbelastung durch Lärm und Abgase, Termindruck, enger Raum, viel Verkehr und zahlreiche Ansprechgruppen mit unterschiedlichen Wünschen.

„Die juristischen Begleitumstände für eine Bürgerbeteiligung waren eher kontraproduktiv“, erklärte die Diplom-Ingenieurin. „Selbst für uns war nur mit juristischer Beratung nachzuvollziehen: Wer ist wo und wann Partei? Wer darf was sagen?“ Dass der Wiener Bahnhof dennoch als Erfolgsbeispiel gilt, liegt nach Engels Worten vor allem an der Projektkommunikation. Sie beruht auf drei Säulen:

Information: Mit Broschüren, Medienarbeit, Anrainerinformationen, eigenem Internetauftritt und einer Projektmappe, die sich füllt, je weiter der Planungsprozess voranschreitet, werden die Botschaften zu den Bürgern gebracht.

Kommunikation: Durch Einzelgespräche mit Verbänden und Organisationen wie der Caritas, dem Autoclub oder der



Wirtschaftskammer sowie mithilfe eines Ombudsmanns werden Botschaften wechselseitig ausgetauscht.

Partizipation: In Bürgerforen und interessensspezifischen Arbeitsgruppen werden Anregungen gesammelt und Informationen ausgetauscht.

„Wichtig ist, dass die Projektverantwortlichen von Anfang an die Klinken putzen und für die Bürger sichtbar sind. Das baut Vertrauen auf“, sagt Engel. Eine zentrale Rolle spielt in Wien zudem der Ombudsmann, ein ehemaliger Eisenbahnmitarbeiter. Er ist bei den Baubesprechungen dabei und informiert die Anrainer anschließend per Aushang in den Treppenhäusern der

angrenzenden Häuser, wann welche Baumaßnahmen wo anstehen. „Seine Arbeit reduziert die Beschwerde-Anrufe auf zehn Prozent“, so die Erfahrung der Projektleiterin. Generell ist das Gesprächsklima auch mit Gegnern des Projekts gut. „Bürgerbeteiligung gehört dazu und ist keine Option“, bekräftigt Engel.

Akademiedirektorin Ursula Münch fasste zusammen: Die Partizipation von Bürgern an Großprojekten im Rahmen des repräsentativen Systems

kann nicht Ersatz für politische Entscheidungen sein, sondern muss eine Beteiligung von Betroffenen bleiben. Je früher die Bürgerbeteiligung beginnt, desto eher ist man vor unliebsamen Überraschungen gefeit. Zugleich entsteht daraus auch ein Auftrag für die politische Bildung: „Wir müssen darüber informieren wie Entscheidungsprozesse ablaufen. Wer hat wann wofür die Verantwortung?“ so Münch. „Das gehört zur Staatsbürgerbildung.“ ■

Miriam Zerbel

Linktipp: Handbuch Bürgerbeteiligung der Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/76038/handbuch-buergerbeteiligung>

Martin Zeil: „Die Bürger ernst nehmen“

Im Rahmen der Tagung über Großprojekte sprach der bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil über bayerische Vorhaben.

Damit ging unsere neue Reihe der „Akademiegespräche am See“ in die zweite Runde. „Wir müssen einen Diskurs führen über die Bedeutung von Infrastruktur“, forderte der Minister. Zugleich verwies er darauf, dass wir den heutigen Wohlstand den Investitionen früherer Generationen verdanken. Für die Politik sieht Zeil im Wesentlichen drei Aufgaben. Sie muss:

1. eine nachhaltige Infrastruktur ermöglichen,
2. um Akzeptanz bei den Bürgern werben und
3. die Finanzierung sichern.

Erschwert werde diese Aufgabe aber durch ein neuartiges Phänomen. Auf den Bahnhof Stuttgart 21 anspielend sagt der Minister: „Es wird ewig geplant, mit allen rechts-

staatlich vorgesehenen Verfahren, und dann wird plötzlich nicht mehr gebaut.“ In der Bevölkerung entstehe dadurch der Eindruck, man könne der Politik nicht mehr vertrauen.



Martin Zeil: „Bayern braucht Großprojekte für den globalen Wettbewerb“

„Großprojekte sollten keine Jahrhundertprojekte werden“, forderte Zeil. Ein wichtiger Faktor sei die frühe Beteiligung der Öffentlichkeit

vor dem Planfeststellungsverfahren. Der Bürger müsse als gleichberechtigter Partner ernst genommen werden. „Wir müssen den Spagat hinbekommen zwischen mehr Bürgerbeteiligung und der Beschleunigung des Verfahrens.“

Letztlich sei aber eine abgewogene politische Entscheidung nötig. Für den für Infrastruktur zuständigen Minister ist es keine Frage: „Wir brauchen Großprojekte.“ Dennoch müsse die Politik transparenter und dialogorientierter werden, sowie die Bürger besser einbinden und gleichzeitig die Planung beschleunigen.

Im Freistaat, so versichert er, sei Vorsorge getroffen, dass bei Großprojekten Pannen wie bei Stuttgart 21 oder dem neuen Berliner Flughafen nicht auftreten könnten. Zeil verwies auf den globalen Wettbewerb mit anderen Staaten: „Wir müssen am Ball bleiben, sonst werden wir von denen überrollt.“ ■

Rechtsextremisten kommen in der Mitte an

Innenminister Herrmann räumt Fehler bei der „NSU“-Verfolgung ein

Wenige Tage vor Beginn des NSU-Mordprozesses in München und der Veröffentlichung des neuen bayerischen Verfassungsschutzberichtes stellte Elmar Brähler die Ergebnisse der letzten „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung vor. Seit Jahren weist die SPD-nahe Stiftung mit empirischen Be-

funden darauf hin, dass rechtsextremes Denken in Deutschland kein Randproblem, sondern eines der Mitte der Gesellschaft ist. Die seit 2006 im Zweijahresrhythmus vorgelegten „Mitte“-Studien belegen, dass rechtsextreme Haltungen in allen Teilen der Gesellschaft in erheblichem Maße anzutreffen sind. „Die Mitte im Um-

bruch“ von 2012 ist ein Barometer aktueller antidemokratischer Einstellungen in Deutschland. Zu den aktuellen Problemen des immer mehr in die Mitte greifenden Rechtsextremismus äußerte sich vor 60 bayerischen Seminarlehrkräften auch der bayerische Innenminister Joachim Herrmann.

Der Leipziger Psychologe und Soziologe Elmar Brähler hat zusammen mit Oliver Decker und Johannes Kiess die neueste Studie erarbeitet. Ihr Befund: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland verharren auf einem hohen Niveau. Während die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur abnimmt, ist Chauvinismus bundesweit bei knapp 20 Prozent der Bevölkerung anzutreffen. Die Ausländerfeindlichkeit ist mit 25 Prozent bezogen auf ganz Deutschland die am weitesten verbreitete rechtsextreme Einstellungsdimension. Der Antisemitismus ist bei rund jedem elften Deutschen manifest und findet sich zum ersten Mal bei Ostdeutschen häufiger als bei Westdeutschen. Schien die Verharmlosung des Nationalsozialismus bisher vor allem ein Problem in Westdeutschland, ist sie nun ebenfalls im Osten deutlicher ausgeprägt.



Elmar Brähler: „Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild steigt in Ostdeutschland massiv an“ Fotos: Zerbel



Joachim Herrmann gab Defizite bei der Verfolgung des rechtsextremen Terrors zu

Vergleich zu 2010 ein Anstieg eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes von 8 auf 9 Prozent zu verzeichnen. Einem moderaten Rückgang in Westdeutschland (von 7,6 auf 7,3 Prozent) steht ein massiver Anstieg in Ostdeutschland (von 10,5 auf 15,8 Prozent) gegenüber. Während in Westdeutschland 2012 jeder fünfte Bürger eine ausländerfeindliche Einstellung

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann räumte Defizite, Fehler und Versäumnisse bei den Ermittlungen gegen die mutmaßlichen Mörder des rechtsextremen Terror-Netzwerks NSU ein. Manche dieser Fehler seien unentschuldigbar, auch wenn er sich bereits in vielen persönlichen Gesprächen bei den Hinterbliebenen der Opfer entschuldigt habe.

Herrmann betonte, dass nicht der Islam als Gefahr gesehen werde, sondern die gewaltbejahende Interpretation in Form eines antidemokratischen und intoleranten Islamismus. Der müsse mit allen Mitteln des Rechtsstaats verfolgt werden.

Erneut verteidigte der bayerische Innenminister den Antrag auf Verbot der NPD, „auch wenn die Aussichten vielleicht gering sind.“

Bildung als Schutzfaktor

Dabei finden sich zwischen den Bevölkerungsgruppen differenziert nach Merkmalen wie Alter, Bildungsgrad oder Migrationshintergrund deutliche Unterschiede. Über alle Dimensionen hinweg ist Bildung ein „Schutzfaktor“ gegen rechtsextreme Einstellungen. Bezogen auf ganz Deutschland ist im

hat, denken in Ostdeutschland fast 39 Prozent manifest ausländerfeindlich. Der Wert für den Osten steigt seit 2004. Einmal mehr bestätigte sich, dass Ausländerfeindlichkeit da besonders hoch ist, wo kaum Migranten leben, sagte Brähler. Die „Mitte-Studien“ belegten darüber hinaus seit Jahren, dass mit leichten Schwankungen knapp 10 Prozent der Deutschen manifest antisemitisch eingestellt seien.

Es könne nicht sein, dass deren gegen die Demokratie gerichtete Arbeit noch mit Steuergeldern finanziert werde. „Wenn die Toleranten zu lange tolerant sind, regieren irgendwann die Intoleranten. Es ist ein Maß erreicht, das wir uns nicht mehr gefallen lassen können“, sagte Herrmann. ■

Michael Schröder

Politischer Extremismus als Gefahr für Europa

Der beginnende Mordprozess um das NSU-Terrornetzwerk, die entsprechenden Untersuchungsausschüsse im Bundestag und einigen Landesparlamenten, das beantragte NPD-Verbotsverfahren, Salafisten unter Mordverdacht. Ein Blick auf die jüngsten Schlagzeilen zeigt: Politischer Extremismus ist ein aktuelles Thema. Gewalt gegen Ausländer und terroristische Anschläge gefährden aber nicht nur unsere demokratische Grundordnung, sondern richten sich auch gegen das Wertesystem Europas.

Eine zentrale Frage prägte den gemeinsamen Jahresempfang der Griechischen Akademie, der Europa-Union München und der Akademie für Politische Bildung: Ist unsere Demokratie stark und widerstandsfähig genug, um der Gefahr des politischen Extremismus zu begegnen? Akademiedirektorin Ursula Münch verwies auf negative Einflussfaktoren, die nicht ausschließlich in der Finanzkrise zu suchen seien. Sie stellte einen Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit der Politiker fest: „Die Politiker können mit der Krise nicht umgehen, das ist die Grundvermutung der Bürger“, sagte Münch. Das gehe einher mit einem Pauschalurteil über ‚die Politiker‘, die mit einem Verlust an Glaubwürdigkeit zu kämpfen hätten.

Münch warnte nicht nur vor der Radikalisierung der Bürger. Eine wesentliche Gefahr sieht sie in der Apathie der Menschen. „Wir brauchen die politische Urteilskraft der Bürger als Garant gegen politischen Extremismus“, sagte sie. Um die Irrwege der Extremisten zu entlarven, sei Wissen und Bildung über Politik, Wirtschaft und Geschichte unabdingbar.

Internationale Vernetzung

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann sieht die europäische Demokratie als Gegenentwurf zur nationalsozialistischen und zur sowjetischen Dik-

tatur. „Freiheit, Menschenrechte Demokratie – das sind die Grundlagen unserer gemeinsamen Werte und darauf haben es die Extremisten abgesehen.“ Die zunehmende Vernetzung der Extremisten in Europa bereitet dem Minister Sorge. So arbeiten bayerische und tschechische Rechtsextreme zusammen, ebenso wie Neonazis aus dem Freistaat und Griechenland. Nach den Worten Herrmanns werden nicht nur die Kräfte links und rechts extremer und stärker. Er warnte auch vor islamistischem Terror, beispielsweise von Salafisten.

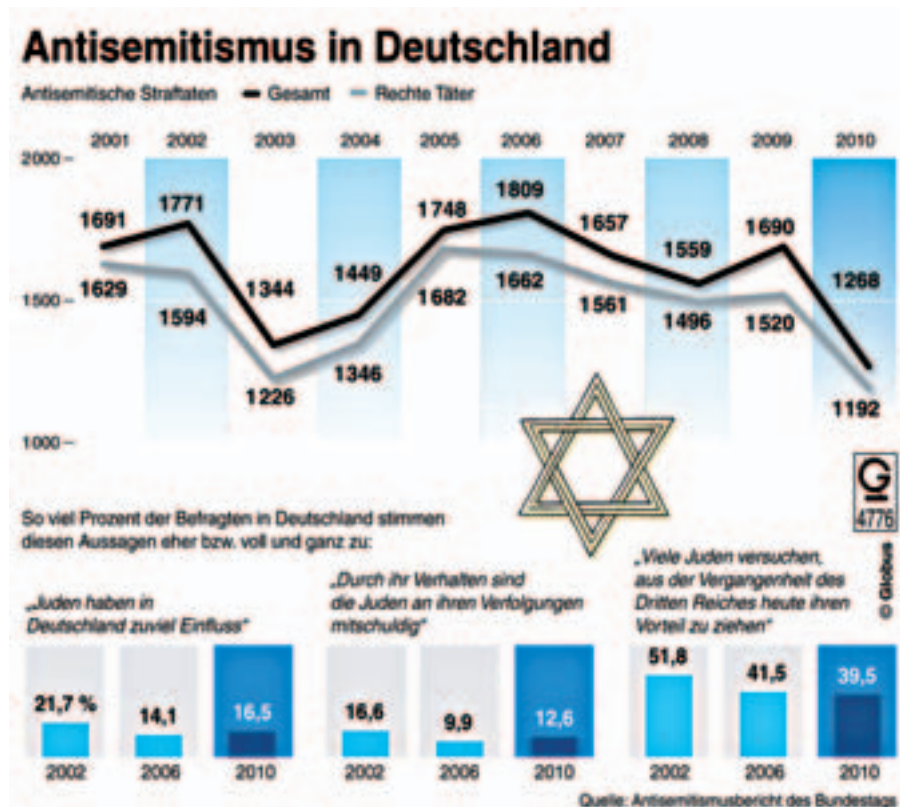
Vor diesem Hintergrund rief er dazu auf, Handlungsfähigkeit zu beweisen. „Der Rechtsstaat darf nicht zu lange tolerant gegenüber Intoleranten sein. Fanatischer Intoleranz müssen wir uns rechtzeitig entgegenstellen.“

„Gefährliche Verharmlosung“

Deshalb setze er sich auch für ein NPD-Verbotsverfahren ein. In Anspielung auf eine Äußerung von FDP-Chef und Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler erklärte der CSU-Politiker, es gebe nicht nur Dummköpfe in extremistischen Organisationen. Das sei eine gefährliche Verharmlosung.

Herrmann rief zu einem breiten gesellschaftlichen Engagement gegen politischen Extremismus auf: „Wir brauchen eine Mitmach-Demokratie mit aktiven Bürgern, die sich für die Idee der Freiheit begeistern und engagieren.“ ■

Miriam Zerbel



Der alltägliche Rassismus

Wie schnell Ausgrenzung und Diskriminierung passieren

Hanna sitzt auf einem Stuhl, abseits von den anderen Schülerinnen und Schülern. Die stehen in Gruppen zusammen und dürfen dabei nicht reden. Dann laufen sie auseinander und bilden neue Gruppen. Nur Hanna bleibt außen vor. Verwirrt und traurig zugleich beobachtet sie das Geschehen. Sie sieht, wie die anderen Jugendlichen sich als Teil einer Gemeinschaft begreifen. Es ist aber eine Gemeinschaft, zu der sie nicht gehört und niemand lädt sie ein, auch dabei zu sein.

Das Mädchen wird ausgegrenzt – weil sie anders ist, weil sie anders aussieht als die anderen. Hanna ist nämlich die einzige, die keinen bunten Punkt auf der Stirn trägt.

Beim Workshop „Rassismus im Alltag“, der sich an Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte richtet, die sich beim Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ engagieren, erfahren die Teilnehmer, wie sich Ausgrenzung anfühlt. Und sie lernen, wie schnell eine Gruppe Einzelne nur wegen ihres Aussehens ausgrenzt. In verschiedenen Übungen werden auf spielerische Art gesellschaftliche Mechanismen gespiegelt und so für jeden erfahrbar gemacht.

Gesellschaftlicher Automatismus

Beim Spiel mit den bunten Punkten bekommen die Jugendlichen den Auftrag, gleich große Gruppen zu bilden und sich nach einem Merkmal zu sortieren, dabei aber nicht miteinander zu sprechen. Ohne dass die Punkte, die ihnen vorher auf die Stirn geklebt wurden, bei der Aufgabe erwähnt werden, kategorisieren die Teilnehmer nur nach diesem einen äußeren Merkmal. Das Ergebnis: Die einzige Schülerin ohne Punkt auf der Stirn wird nicht einmal beachtet. Die beiden Trainer Britta Grewe und Björn Koalick sprechen die

Jugendlichen auf ihr Verhalten an: „Bei diesem Spiel geht es um gesellschaftliche Zugehörigkeit. Aber ihr habt Hanna ausgeschlossen, was ist da passiert? Ihr habt gedacht, sie ist anders und gehört deshalb nicht dazu.“

Derart provoziert versuchen sich die Schülerinnen und Schüler, die sich an ihren Schulen gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung einsetzen, zunächst zu rechtfertigen.

Handeln der Personen beurteilen zu können.“ Diese selbstreflektierte Einsicht begrüßen die beiden Trainer: „Man beurteilt und wertet oft anhand von Fakten, die man selber schafft. Sie basieren auf eigenen Erfahrungen und Vorurteilen sowie allgemeinen Wertvorstellungen. Ein solches Handeln ist durchaus menschlich, es kann aber diskriminierend und verletzend sein.“ So wird allen bewusst, wie verhaftet jeder in seinen Vorurteilen ist



Die Schüler im Gespräch mit den Trainern Britta Grewe (links) und Björn Koalick (Mitte)
Fotos: Susanne Prechtl

Schließlich geben sie betroffen zu, dass sie einem gesellschaftlichen Automatismus zum Opfer gefallen sind. Judith sagt: „Das ärgert mich, dass ich so gedacht habe. Ich will nicht so sein.“

Urteile ohne Fakten

Bei einem anderen Spiel sollen die Jugendlichen die Personen einer fiktiven Geschichte moralisch bewerten und nach „schlecht und gut“ einordnen. Alle sind eifrig dabei, eine Rangliste zu erstellen, bis ihnen auffällt: „Eigentlich wissen wir viel zu wenig, wir haben überhaupt keine Fakten, um das

und zu allgemeinen Kategorisierungen neigt. Es sei wichtig, dies zu erkennen und sich dafür zu sensibilisieren, sagt Trainer Björn Koalick. „Erst danach können wir andere anregen, ihre Vorurteile zu überdenken und abzubauen.“

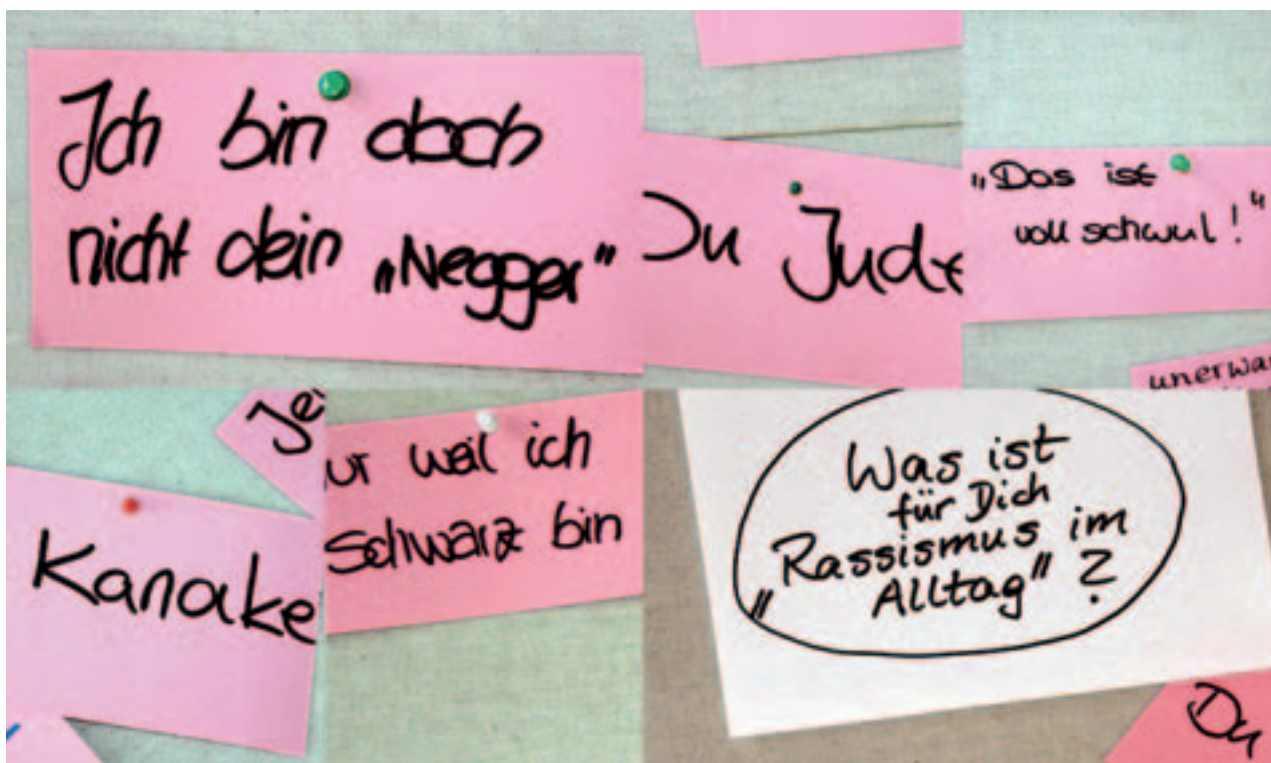
Die Jugendlichen dachten, sie seien ohne eigene Vorurteile gekommen. Ihre Erwartung war es, neue Ideen und Anregungen für die anti-rassistische Arbeit an ihren Schulen zu bekommen, sich gegenseitig auszutauschen und zu vernetzen – doch zunächst mussten sie im Rahmen der Übungen am eigenen Leib erfahren, wie schnell



man in Verhaltensmuster der Ausgrenzung und der moralischen Wertung verfällt, ohne dass man es will. Britta Grewe und Björn Koalick betonen, wie wichtig dieser Prozess ist: „Wir wollen hier keinen umerziehen, sondern wir wünschen uns, dass alle verstehen und begreifen, was in der Gesellschaft vor sich geht. Und Selbsterfahrung ist der erste Weg zur Erkenntnis.“

spiel möchten mit Kindern aus der Unterstufe in die Innenstadt fahren und sie auf Alltagssituationen hinweisen, in denen Menschen Unterstützung brauchen und zeigen, wie man diese Hilfe leisten kann. Eine andere Gruppe möchte homosexuelle Menschen einladen, die von sich und ihrem Leben erzählen und den Jugendlichen Rede und Antwort stehen. Durch den persönlichen Kontakt sollen Bar-

Am Workshop nahmen sowohl Lehrkräfte als auch Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulen aus München und Oberbayern teil. Alle tragen den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Das ist ein Projekt von und für Schüler und Schülerinnen und bietet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mit zu gestalten, indem sie sich bewusst gegen



Damit solche Sprüche aus den Klassenzimmern verschwinden, gibt es das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule ohne Courage“

Auch die teilnehmenden Lehrkräfte wurden in einem eigenen Workshop unter der Leitung von Tarik Kus und Manuela Dillenz nicht nur mit den Übungen vertraut gemacht, sondern mussten zunächst, genau wie ihre Schülerinnen und Schüler, in die Falle tappen und ihre eigene Verhaftung in etablierten Verhaltensmustern und Vorurteilen erkennen. Dennoch nahmen die Teilnehmer mehr mit nach Hause als nur überraschende Erfahrungen und das Bewusstsein für Ausgrenzungsmechanismen im Alltag.

Im Laufe des Workshops erarbeiteten die Schülergruppen gemeinsam mit ihren Lehrkräften neue, teils schulübergreifende Projektideen sowie den Weg dorthin. Einige Schülerinnen zum Bei-

spielen überwunden und Vorurteile abgebaut werden. Einige Schülerinnen und Schüler möchten ihre eigenen Erfahrungen des Workshops auch ihren Schulkameraden zugänglich machen und planen deshalb ähnliche Übungen an ihrer Schule. Andere wiederum erkannten, dass es für die Umsetzung solcher Projekte einer funktionierenden Organisationsstruktur an den Schulen bedarf: Ihr Ziel ist es, weitere interessierte Lehrkräfte, Eltern und Schüler mit ins Boot zu holen und mit ihnen gemeinsam neue Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Das Ideal der Schule ohne Rassismus soll sich im Denken aller am Schulleben Beteiligten fest verwurzeln, sich dann aber auch in ihrem Handeln niederschlagen.

jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden. In ganz Deutschland sind über 1000 Schulen dabei. Die Projektarbeit kann unterschiedlich organisiert werden. In vielen Schulen gibt es Arbeitskreise oder Wahlfächer, an den Gymnasien werden in der Oberstufe oft P-Seminare zum Thema angeboten. Alle sind auf das Engagement und die aktive Mitarbeit interessierter Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte angewiesen, um dem Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ gerecht zu werden.

Unterstützt wird dabei das Pädagogische Institut der Landeshauptstadt München, das als Regionalkoordinationspartner bei diesem Seminar war. ■

Susanne Prechtl

Weiche Standortfaktoren und harte Fakten

Kommunalpolitik hat viele Facetten. Doch obwohl die Demokratie in Deutschland ohne die kommunale Selbstverwaltung nicht denkbar wäre, sind die Grundlagen ihres Handelns oft nicht im Detail bekannt.

Er sei mit seinen Schülern bereits im Landtag gewesen und sogar im Bundestag in Berlin, berichtete einer der teilnehmenden Lehrkräfte. Das eigene Rathaus habe er jedoch noch nie besucht. Ähnlich ging es vielen Teilnehmern dieser Lehrerfortbildung. Zu oft stehe Bundes- und Europapolitik im Unterricht im Vordergrund. Dass auch die Politik vor der eigenen Haustür eine spannende Sache ist, wurde im Laufe der Woche deutlich.

Teilnehmer schließlich selbst in die Rolle von Kommunalpolitikern.

„Weiche“ Standortfaktoren

Einen Einblick in die Theorie und Praxis der Wirtschaftsförderung gab Christoph Winkelkötter, der Geschäftsführer der Gesellschaft zur Wirtschaftsförderung im Landkreis Starnberg: Anhand vieler Beispiele aus sei-

Josef Deimer, Altoberbürgermeister von Landshut und Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags, unterstrich in seiner Rede zum Abschluss noch einmal die enorme Bedeutung der Kommunalpolitik: Die kommunale Selbstverwaltung Sorge für Machtdezentralisation und sei damit ein Grundbaustein der Demokratie.



Josef Deimer, Altoberbürgermeister von Landshut, würdigte das Ehrenamt



Eine Fraktionssitzung beim kommunalpolitischen Planspiel

Fotos: Prechtl

Reiner Knäusl, ehemaliger Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, gab eine Einführung in die Geschichte und Aufgaben der Gemeinden in Bayern. Die rechtlichen Grundlagen kommunalen Handelns beleuchtete Daniel Krausnick von der Universität Erlangen-Nürnberg. Im Rahmen eines Planspiels zur Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung schlüpften die

ner Tätigkeit machte er deutlich, welche Faktoren eine Gemeinde als Wirtschaftsstandort ausmachen. Es seien zunehmend die „weichen“ Standortfaktoren wie der Wohnwert und das Angebot an Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, die bei der Entscheidung von Investoren den Ausschlag gäben.

Deimers Rede beschäftigte sich mit den ethischen Grundlagen von Kommunalpolitik. Er betonte, dass die gemeinsame Übernahme von Verantwortung die Voraussetzung für das Entstehen einer örtlichen Gemeinschaft sei.

Ausdrücklich würdigte Deimer das Ehrenamt, das die Lücke zwischen dem Wohl des Einzelnen und dem Gemeinwohl schließe. Umweltschutz und Nachhaltigkeit sieht er als aktuelle Themen auf der kommunalen Agenda. ■

Astrid Kahle

Ursachen der Krise – Wege aus der Krise

Experten diskutieren Fehler der Vergangenheit und Lösungen für die Zukunft

Euro- und Wirtschaftskrise, Griechenland und Zypern, Turbulenzen auf den Finanzmärkten beherrschen die Schlagzeilen. Doch selbst wenn es der schwerste Einbruch der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg ist: Krisenzyklen gab es schon vorher.

Derzeit wird viel über Konstruktionsfehler der Währungsunion diskutiert. Volkswirte geben darauf – wie üblich – je nach politischer Provenienz sehr unterschiedliche Antworten. Für die einen ist die fehlende politische Union



Friedrich Sell: Deutschlands Gewicht in der Euro-Zone sinkt

Fotos: Groß

in Europa das wesentliche Defizit. Für andere, wie Friedrich Sell von der Bundeswehruniversität München, war die Sünde der Nichteinhaltung der Maastricht-Kriterien schon früh angelegt, denn die Konvergenzkriterien für den Beitritt zum Euro wurden „kreativ“ interpretiert.

Euro-Geburtsfehler

Zu viele Länder, insbesondere aus dem europäischen Süden, seien der Währungsunion zudem noch zum falschen Wechselkurs beigetreten. Ferner fehlten wirksame Sanktionsklauseln, denn der Austritt aus dem Währungsgebiet war grundsätzlich nicht vorgesehen. Die Möglichkeit, die Leistungsbilanzdefizite (der Südländer) anstatt – wie es normal wäre – mittels des Geldmark-

tes durch Zentralbankgeld vorzunehmen, offenbart nach Sell einen weiteren Konstruktionsfehler des Eurosystems. Das hätte man leicht unterbinden können, wenn solche „Überziehungskredite“ der Zentralbank für einzelne Mitgliedsländer durch Wertpapiere bzw. Gold – wie in den USA üblich – abgesichert worden wären.

Austritt auf Zeit

Mehr in den Bereich der Politikfehler zählt Friedrich Sell die Aufkaufprogramme von Staatsanleihen für gefährdete Euroländer. Die Begründung für die Programme – gestörte Transmissionsmechanismen der Geldpolitik – sei zweifelhaft und die Europäische Zentralbank (EZB) mutiere in der Krise immer stärker zu einem politischen Akteur. Ein Konstruktionsfehler sei dagegen, dass Deutschland mit einem

Kapitalanteil von 27 Prozent am Grundkapital der EZB nur eine Stimme im Direktorium habe, d.h. gleich gewichtet sei wie beispielsweise der Mini-staat Malta.

Mit jeder Erweiterung der Eurozone sinke das deutsche Stimmengewicht weiter. Während einige Experten wettbewerbsschwachen Ländern einen Austritt aus dem Euro nahelegen, versucht Friedrich Sell zusammen mit Hans-Werner Sinn vom ifo-Institut München, diesen eine Brücke zu bauen: Sie sollten temporär austreten und nach einer Abwertung wieder in das EWS-II-System (mit festen Bandbreiten der Wechselkurse) eintreten. Nach Reformen und Struktur Anpassung sei dann der Weg zum erneuten Eurobeitritt möglich.

Eine andere große Baustelle der gegenwärtigen Krise – der Umbau des europäischen Finanzsystems – war Thema von Jürgen Pfister, dem Chefvolkswirt der Bayern LB. Die Gründe für die Finanzkrise sah er in einer lockeren Geldpolitik in den USA, den Fehlinvestitionen und Preisblasen im Finanzsektor, ausgelöst durch dessen inhärente



Auslaufmodell

Zeichnung: Tomicek



Fehlanreize einschließlich des Versagens der Rating-Agenturen. Neben den privaten Akteuren des Bankensektors trage der Staat, dem die Geldpolitik sowie die Regulierung und Aufsicht des Finanzsektors obliegt, eine maßgebliche Mitverantwortung für die Finanzkrise. Da ein funktionierendes Finanzsystem den „Blutkreislauf“ der Wirtschaft sicherstelle und dessen Zusammenbruch unvorhersehbare Folgen für die Weltwirtschaft gehabt hätte, war der Staat – also die Steuerzahler – als Retter gefordert.

Reformschritte

Da die Finanzkrise nicht dem Fehlverhalten einzelner zuzuordnen sei, sondern systemische Ursachen habe, könne langfristig nur eine tiefgreifende Reform den Finanzsektor stabilisieren. Im Kern betreffen die jetzt gerade international und auf europäischer Ebene implementierten bzw. noch einzuführenden Veränderungen die folgenden Bereiche: Erhöhung der Eigenkapitalunterlegung (Basel III), ein verbes-

sertes Risiko- und Liquiditätsmanagement, ein verändertes Vergütungssystem zur Vermeidung von Fehlanreizen im Finanzsektor, eine Aufsicht des gesamten Bankensektors zur Vermeidung systemischer Risiken und eine Bankenunion auf europäischer Ebene, um in der Eurozone unkalkulierbare Bank- und Länderrisiken zu vermeiden. Vieles sei auf gutem Wege und man könne nur hoffen, dass es entsprechend konsequent implementiert werde, ansonsten sei die nächste Krise schon vorprogrammiert.

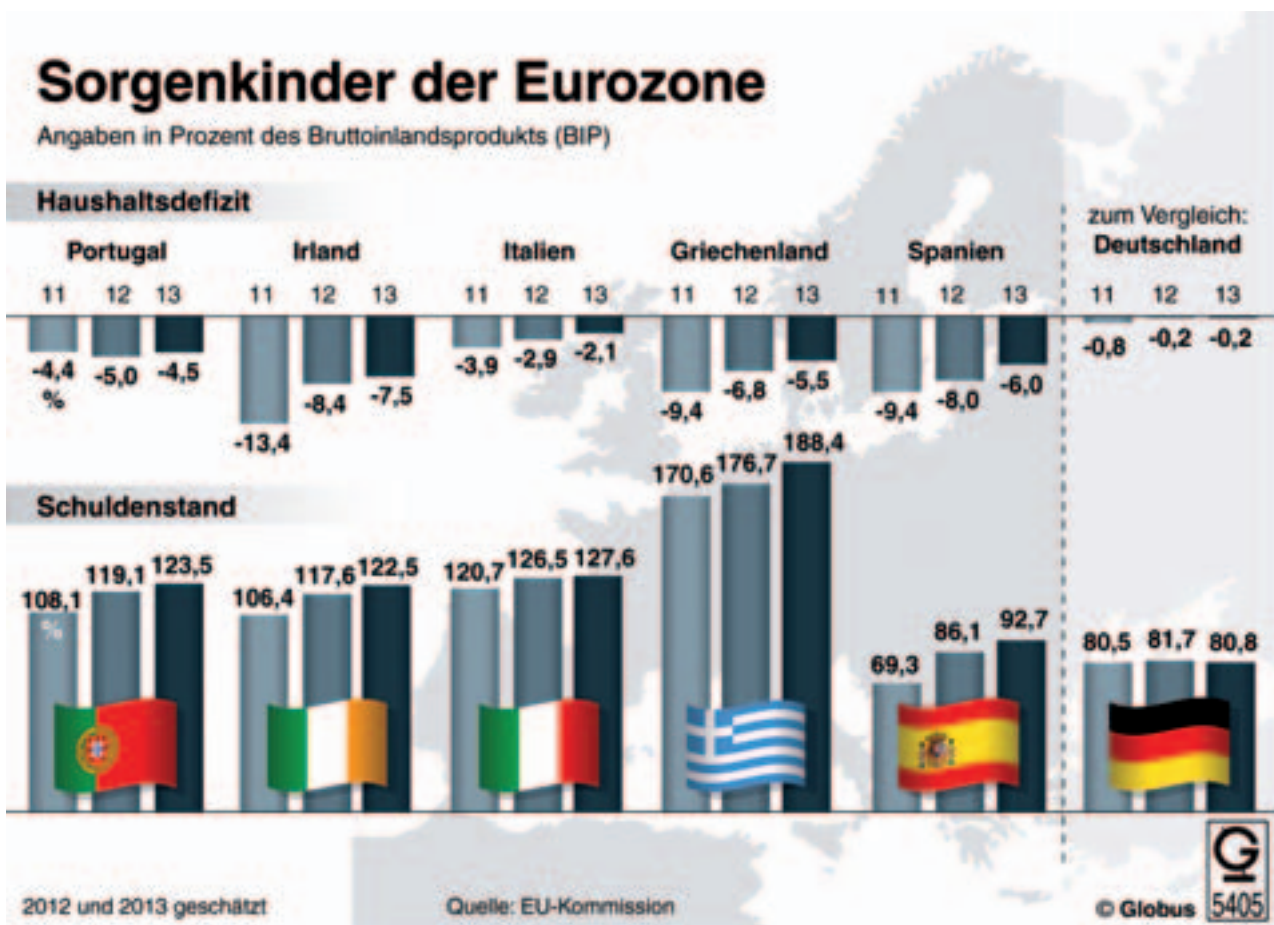
Die politische Macht der Finanzmärkte und den Einfluss der Rating-Agenturen beleuchtete Giulia Mennillo von der Universität Sankt Gallen. Sie kommt zu dem Schluss, dass die Agenturen ihre Prognosen als „technisches und quasi-wissenschaftliches Produkt“ darstellten, um diesen so einen objektiven Charakter zu verleihen. Letztlich flössen jedoch in die scheinbar neutralen Zahlen wichtige Wertungen mit ein.

Thomas Mayer, früherer Chefvolkswirt der Deutschen Bank, kritisierte, dass die aktuelle Krisenpolitik der EZB den ursprünglichen Weg der Nichteinmischung verlassen habe. Das staatliche Schuldgeldsystem ermögliche das Überleben der Schwächeren.

EZB als Schattenstaat

Die EZB sei zu einer Staatszentralbank ohne Staat geworden. Durch Gesetze hinter dem Rücken der Bürger sei ein Schattenstaat entstanden. Im Falle einer unzureichenden Disziplinierung von Ländern wie Zypern oder Italien prognostizierte Mayer der Eurozone auf lange Frist ein Scheitern, ähnlich dem der Rubelzone in den ehemaligen Ländern der Sowjetunion. Deshalb forderte er einen Weg zurück zu Maastricht I, also zu unpolitischem Geld und Haftung auf nationaler Ebene.

Staatsverschuldung ist eigentlich nur dann begründbar, so Thiess Büttner von der Universität Erlangen-Nürnberg, wenn sich der Nutzen für Inves-



titionen über lange Zeiträume auszahlen. Dann sei es gerechtfertigt, künftige Generation zu belasten, denn sie hätten davon einen entsprechenden Nutzen. Bei kurzfristigen externen Schocks, wie der gegenwärtigen Finanzkrise, könne man eine höhere Staatsverschuldung akzeptieren, um die Wirtschaft – wie gerade geschehen – zu stabilisieren. Erhöhe man in solchen Situationen stattdessen die Steuern, würde das Wirtschaftswachstum zusätzlich gehemmt. Das gelte auch, wenn die Gesamtverschuldung in Relation zur Wirtschaftskraft eine bestimmte Marke (ca. 90 Prozent) überschreite.

Gefährliche Verschuldung

Viele europäische Länder lagen schon vor der Krise deutlich über dieser Schwelle (u.a. Italien und Belgien), während andere, u.a. Deutschland (ca. 80 Prozent), sich dieser Marke während der Krise bedenklich näherten. In der Bundesrepublik erreichte die Schuldenlast im Moment knapp das Doppelte der jährlichen Steuereinnahmen.

An verschiedenen historischen Beispielen zeigte Büttner auf, dass sich ein Staat aus einer Verschuldung wieder befreien könne: „Es geht um die Zahlungswilligkeit, nicht die Zahlungsfähigkeit“. Ein Zahlungsausfall werde umso wahrscheinlicher, je geringer die (politischen) Kosten eines Ausfalls, je höher die (politischen) Kosten einer Finanzierung, je höher der Schuldenumfang und je höher der Zins sei. Er verursache aber auch Kosten: die Abtrennung vom internationalen Kapitalmarkt, Probleme im internationalen Handel und Reputationsverlust. Alternativen dazu seien Geldentwertung, Inflationierung und finanzielle Repression.

Vielfalt der Kulturen

Werner Abelshauer von der Universität Bielefeld stellte die Frage, ob eine Währungsunion in einem Raum mit unterschiedlichen Wirtschaftskulturen überhaupt überleben könne. Der Begriff Wirtschaftskultur müsse jedoch von individuellen Mentalitäten

(Pünktlichkeit, Fleiß, Zuverlässigkeit etc.) und kollektiven Mentalitäten (etwa die Fähigkeit, Regeln anzuerkennen) unterschieden werden.



Werner Abelshauer: *EU braucht Regeln für Einheit in Vielfalt*

In Europa gebe es vier verschiedene Wirtschaftskulturen: den Rheinischen Kapitalismus (von Skandinavien bis Norditalien, von der Seine bis an die

Oder), den Anglo-Kapitalismus, den Ost-Europa-Transformationsraum und den Mediterranen Kapitalismus (Malta, Süd-Italien, Spanien, Portugal).

Alle diese Wirtschaftskulturen seien durch charakteristische Organisations-, Denk- und Handlungsmuster geprägt. Jedes dieser Systeme, so Abelshauer, sei historisch begründet und in sich schlüssig. Man könne hier keine Wertigkeiten anstellen, vor allem aber solle man nicht versuchen, einem Land eine ihm fremde Wirtschaftskultur überzustülpen. Vielmehr müsse es darum gehen, jede Kultur in ihren Eigenheiten zu fördern. Deshalb brauche die Europäische Union Regeln für die Einheit in der Vielfalt und eine diese Unterschiede berücksichtigende „produktive Ordnungspolitik“.

Laura Groß / Michael Mayer / Wolfgang Quaisser / Miriam Zerbel

Gescheiterte Währungsbündnisse

Harold James: Ohne politische Union geht es nicht

Kann eine Währungsunion ohne politische Union funktionieren? Diese Frage treibt nicht nur Finanztechnokraten um. Es ist eine der zentralen Fragen, wenn es um die Zukunft des Euro geht. Gibt es überhaupt historische Vorbilder für ein solches Konstrukt, an denen man sich orientieren kann?

Der an der Princeton University lehrende britische Wirtschaftshistoriker Harold James zeigte auf, dass es im Laufe der Geschichte – insbesondere im 19. Jahrhundert – bereits verschiedene Währungsunionen gegeben hat.

Die 1865 gegründete Lateinische Münzunion, bestehend aus Frankreich, Belgien, Italien, die Schweiz und Griechenland, sei gescheitert, weil am Vorabend des Ersten Weltkrieges einzelne Staaten versucht hätten, den Silber- oder Goldanteil der ausgegebenen Münzen herabzusetzen. 1908 habe man Griechenland sogar aus der Münzunion ausgeschlossen, da es Bankno-

ten in großem Umfang in Umlauf gegeben und damit die Geldwertstabilität in der Münzunion gefährdet habe.

Es gebe noch eine Reihe weiterer Beispiele für gescheiterte Währungsunionen, so etwa die Habsburger Monarchie oder die Rubelzone nach dem Scheitern der Sowjetunion. Das wohl wichtigste politische Vorbild für die Schaffung einer Währungsunion sei die USA. Deren Erfolg erkläre sich nach James vor allem dadurch, dass sie von einer politischen Union flankiert wurde. Die Erfahrung von Währungsunionen ohne einheitlichen Staat fasste er wie folgt zusammen: Die



Inflation (oder die Angst davor) treibe Währungsunionen auseinander, wenn sie nicht in eine politische Union mit einem klaren ordnungspolitischen Rahmen und entsprechenden Eingriffsmöglichkeiten eingebunden seien. Vor dem Hintergrund dieser historischen Erfahrungen drängt sich die Frage auf: Weshalb haben die EU-Mitgliedstaaten eine europäische Währungsunion angestrebt?

James stellte zunächst zwei gängige Theorien vor: Zum einen würde kolportiert, die Deutschen hätten als utopische Träumer den Frieden in Europa sichern wollen und damit eine politische Idee ohne reale ökonomische Fundierung realisieren wollen. Die zweite Theorie besage, dass Deutschland mit der Einführung des Euro seine wirtschaftliche Vormachtstellung in Europa zementieren wollte. Beide Thesen bezeichnete James als falsch. Vielmehr hätten umfassende pragmati-

sche Überlegungen zur Schaffung der europäischen Währungsunion geführt. Auch sei es nicht korrekt, dass die deutsche Wiedervereinigung mit der Einführung des Euro erkaufte worden sei: „Wichtig ist die Chronologie. Die Entscheidung über die Entstehung der Währungsunion fiel mit dem



Harold James: Zuversicht über die Zukunft der Euro-Zone

Delors-Bericht im April 1989“ – somit also vor dem Fall der Mauer.

Nötige Regeln

Welche Bestandteile verhelfen einer Währungsunion zum Erfolg? Nach James zeigten die historischen Beispiele, dass es notwendig sei, die einzelnen Mitgliedstaaten von einer falschen Fiskalpolitik abzuhalten. Wenn hierzu die Marktdisziplin nicht ausreiche, seien klare Regeln nötig, zum Beispiel durch die Schaffung eines Stabilitäts- und Währungspakts. Sollte eine gemeinsame europäische Aufsicht oder Regulierung der Banken nötig sein, so James, dann müsse die Europäische Zentralbank diese Aufgabe übernehmen. James äußerte sich insgesamt zuversichtlich über die Zukunft der Euro-Zone: „Das sind keine unlösbaren Probleme.“ ■

Quai

Science-Fiction oder Wirklichkeit?

Rechtliche und ethische Herausforderungen von Hightech

Können wir mit Recht und Ethik den technischen Wandel angemessen steuern? Kann uns Science-Fiction Anregungen für den Umgang mit unserer „Wissensgesellschaft“ geben?

Diesen Fragen stellte sich ein Projekt-Seminar des Asam-Gymnasiums München in der Akademie. Die Schülerinnen und Schüler diskutierten die wachsende Bedeutung der Technik für unsere Gesellschaft. Sie setzten sich mit Technikprognosen auseinander, die

moralische Fragen aufwerfen, zum Beispiel „körperoptimierende“ Nahrungsmittel und Multifunktionshandys, die auch als „Freund“, Psychologe und Kaufberater fungieren.

Zukunft erfinden

Im Anschluss setzte sich Sascha Mamczak, der als Lektor beim Heyne Verlag den Bereich Science-Fiction verantwortet, mit der These auseinander „Die Zukunft, die wir wollen, muss erfunden werden“.

Mamczak betrachtete das Denken über die Zukunft zu verschiedenen Epochen. Hinsichtlich der heutigen Situation kam Mamczak zu dem Ergebnis, dass vieles, was die Science-Fiction-Literatur früher behandelt hat, heute bereits Wirklichkeit sei. Man denke nur an das Internet, „smarte“ Technik und das Ansteigen der Meeresspiegel. ■

Gero Kellermann

Kreativität braucht Freiräume

Der Tutzinger Diskurs stellt das Memorandum zur „Guten Wissenschaft“ vor

Mit dem Tutzinger Diskurs hat die Akademie in den vergangenen zwölf Monaten ein neues Format erprobt. Im Rahmen der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Tagungen zu den ethischen, rechtlichen und sozialen Fragen der modernen Lebenswissenschaften fand ein Diskurs zu den Bedingungen und Maßstäben guter Wissenschaft statt.

Dazu versammelte sich in Tutzing eine Runde von vielversprechenden Nachwuchskräften aus ganz Deutschland. Sie stammten aus den Disziplinen der Lebens- und Sozialwissenschaften, der Philosophie und der Journalistik und wurden aus einem Kreis von über 60 Bewerbern nach ihrer fachlichen Expertise und ihrer Kompetenz für den interdisziplinären Dialog ausgewählt. Die

Die moderne Wissenschaft prägt unser Menschenbild und die durch sie initiierten technischen Entwicklungen sind in zunehmendem Maß zur Grundlage von Wohlstand und Sicherheit geworden. Doch mit dem Bedeutungsgewinn der Wissenschaften sind auch Probleme verbunden, die sowohl das Wissenschaftssystem als solches wie auch das Zusammenspiel von Wissen-

achtet und finanziert zu werden. Sowohl Wissenschaftler als auch hochrangige wissenschaftliche Zeitschriften orientieren sich inzwischen vermehrt an der öffentlichen Aufmerksamkeit und wirtschaftlichen Aspekten, statt an einem wahrhaftigen und seriösen wissenschaftsinternen Diskurs.

Auch die Steuerung von Forschung und Universitäten durch den Zwang zur Einwerbung sogenannter Drittmittel trägt nicht zur Güte von Wissenschaft bei. So werden Hypes gefördert, in denen Kleines auf einmal ganz groß erscheint und unsichere Zukunftsprognosen als sichere Aussagen gehandelt werden. Statt des zentralen Werts der Freiheit der Wissen-

schaft zählen in wichtigen Disziplinen nun Verschwiegenheit und ökonomische Verwertbarkeit der Erkenntnisse. Reputation überstrahlt Wahrhaftigkeit.

Das Ergebnis des Diskurses liegt nun in Form eines gemeinsamen Memorandums vor, das konkrete Vorschläge für Verbesserungen, Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen enthält. Von den eigenen

Erfahrungen im aktuellen Wissenschafts-Alltag geprägt, haben die Teilnehmenden des Diskurses sich den ihnen besonders wichtigen Aspekten gewidmet. Diese reichen von den Gründen für die vielfach fehlende Reproduzierbarkeit wissenschaftlicher Ergebnisse über die Bildung und Ausbildung guter Wissenschaftler bis hin zu ethischen, sozialen und demokratietheoretischen Fragen – und der Rolle, die den Medien bei der kritischen Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse zukommt.



Bei der Abschlussdiskussion des Tutzinger Diskurses (von links): Stern-Redakteur Klaus Koch, Teilnehmerin Eva Weber-Guskar, Ethik-Professor Christoph Hubig, Ulrich Braun von der Max-Planck-Gesellschaft und Diskurs-Schirmherr Patrick Cramer vom Zentrum an der Universität München
Foto: Prechtl

so zusammengestellte Gruppe traf sich zu drei Arbeitstreffen an der Akademie. Dabei hatten die Teilnehmer die Aufgabe, das Problemfeld zu analysieren und Vorschläge zur Lösung zu erarbeiten. Auf dem Weg dahin wurden sie von der Akademie in vielfältiger Weise unterstützt, etwa in der Auswahl geeigneter Experten aus der jeweiligen Disziplin und durch die Vermittlung methodischer Kompetenzen. Im März wurden die Ergebnisse des Prozesses in einer öffentlichen Abschlussveranstaltung vorgestellt.

schaft und Gesellschaft betreffen. Traditionelle Kontrollmechanismen scheinen nicht mehr zuverlässig zu greifen und Betrugsfälle nehmen zu.

Quantität schlägt Qualität

Quantitative Bewertungsverfahren steuern zunehmend die Logik der Forschung und führen zu augenfälligen Fehlentwicklungen. Leistung, die sich nicht direkt messen lässt, verliert an Wert und hat sinkende Chancen, be-



Entschleunigung gefordert

Eine zentrale Forderung an Forschungsförderung und Politik besteht darin, den Wissensbetrieb zu entschleunigen, damit nicht nur möglichst viele Ergebnisse publiziert werden, sondern möglichst sichere.

Gute Wissenschaft braucht Freiraum, um Kreativität zu ermöglichen. Sie folge nur selten vorgeplanten Wegen und bedürfe gründlicher und daher oft langwieriger Überprüfung.

Um Wissenschaft und ihre Ergebnisse kritisch zu hinterfragen, müsse die Reflexion wissenschaftlichen Handelns stärker schon in der Schule, vor allem aber in der Lehre und auch in der weiteren Hochschullaufbahn verankert werden. Dies erlaube auch echte Teilhabe der Gesellschaft an wissenschaftlichen Erkenntnissen und steigere außerdem die Vielfalt in der Forschung.

Mit dem Ende der Förderung durch das BMBF ist der Tutzinger Diskurs nicht beendet. Die Teilnehmer des ersten Diskurses zur Guten Wissenschaft stehen nicht nur vielfach erst am Anfang ihrer Berufslaufbahn, sie sind auch – nicht zuletzt durch die ermutigenden Erlebnisse im Diskursprozess – willens, die Anregungen in die Wissenschaft einzutragen. Die Resonanz auf der Abschlussveranstaltung war jedenfalls vielversprechend.

Auch an der Akademie soll das Format des Tutzinger Diskurses mit einem neuen Thema weitergeführt werden. Denn so können nicht nur innovative Vorschläge zum Umgang mit gesellschaftlichen Problemen erarbeitet und wichtige Kontakte unter jungen Wissenschaftlern geknüpft werden. Auch die politische Bildung gewinnt dadurch an Nachhaltigkeit, denn die Diskurs Teilnehmer erfahren selbst die Chancen und Probleme gemeinsamer und gleichberechtigter Lösungssuche und gewinnen so an demokratischer Kompetenz.

■ *Michael Spieker*

Die Ergebnisse des Diskurses sind abzurufen unter: www.tutzinger-diskurs.de

Wissen, was gespielt wird

Medienpädagogen über Computerspiele und Lernen

Ohne Computer, Smartphone und Internet geht heute gar nichts mehr. Egal ob Kinder, Jugendliche oder Erwachsene. Doch welche Konsequenzen hat die tägliche Beschäftigung mit virtuellen Welten? Droht die „digitale Demenz“, wie ein Hirnforscher behauptet? Machen diese Geräte dumm? Klicken wir uns das Hirn weg? Sind die Folgen der Beschäftigung mit digitalen Medien wirklich Sprach- und Lernstörungen, Aufmerksamkeitsdefizite, Stress, Depression und zunehmende Gewaltbereitschaft? Unsere Tagung in Bayreuth* suchte zusammen mit Wissenschaftlerinnen und Medienpädagogen nach Antworten jenseits der populären und auflagenstarken Polemik. Entgegen einem verbreiteten pädagogischen Alarmismus sollten die Chancen und Möglichkeiten des digitalen Lernens und der Nutzung neuer Medien aufgezeigt werden.

Die Medienwissenschaftlerin Tanja Witting möchte, dass Eltern und Pädagogen die Faszination digitaler Medien verstehen und die Potenziale – aber durchaus auch die Risiken – erkennen. Die Professorin für Medienpädagogik an der Ostfalia-Hochschule in Braunschweig zeigte, dass Computerspiele Entscheidungen abverlangen (Welche Rolle übernehme ich? Welchen Weg wähle ich? Welche Strategie verfolge ich?). Die müssten getroffen werden und die Konsequenzen der Handlung getragen werden. Immer gilt es abzuwägen und es muss schnell gehen. „Kann das alles verdummen?“ fragte Witting das anfangs noch skeptische Publikum.

Balance finden

Stressresistenz und Frustrationstoleranz würden spielerisch erlernt und der Spieler müsse versuchen, die Balance zwischen der eigenen Über- und Unterforderung zu finden. Sie stellte fest, dass Computerspiele entgegen landläufigen Vorurteilen der

Vereinsamung vor den Bildschirmen eine soziale Dimension haben. Spielgemeinschaften würden gegründet, es gebe Aufnahmeprüfungen und man müsse sich im Team bewähren. Konkurrenz werde ebenso wie Kooperation gefördert und Verantwortung und Verlässlichkeit spielten in den Gemeinschaften eine große Rolle.

Lernen nebenbei

Die Psychologin Christa Gebel arbeitet als Medienforscherin am Institut für Medienpädagogik in Theorie und Praxis (JFF) in München und sieht ebenfalls die Vorteile der PC-Spiele: „Hobby und Spaß können mit dem Lernen kombiniert werden. Lernen geschieht unabsichtlich nebenbei.“ Spielen und Lernen hätten durchaus Gemeinsamkeiten: definierte Ziele setzen, sich anstrengen, aktiv und aufmerksam sein und mit steigenden Schwierigkeitsgraden kämpfen. So würde Wissen erweitert und Werte vermittelt. Spielregeln müssten erkannt und anerkannt werden. Schließlich werden auch Geschicklichkeit und Schnelligkeit trainiert. Nicht zu unterschätzen

* in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Medienkompetenz

sei auch die emotionale Selbstkontrolle: Stress, Misserfolg und Zeitdruck müssen ausgehalten werden: „Cool bleiben“ ist oberstes Gebot. Und schließlich werde wichtiges Medienwissen für das Leben in der digitalen Gesellschaft gelernt: Online-Kommunikation und Menüstrukturen werden beherrscht.

Daten als Währung

Probleme sehen Gebel und Witting im „zuviel vom Falschen sehen“. Da bräuchten Eltern und Pädagogen sicher Beratung und Unterstützung, um



Tanja Witting: Frustrationstoleranz spielerisch lernen

exzessives Spielen zu verhindern. Gefährdet seien Kinder und Jugendliche, die bereits eine unstrukturierte Lebenssituation hätten und über wenig soziale Kontakte verfügten. Sensibilität forderte Gebel auch angesichts kostenlos angebotener Spiele (z.B. Farmville bei Facebook). Die persönlichen Daten würden als Währung genützt und die Kinder mit Werbung konfrontiert.

In der Mittagspause konnten sich die Teilnehmer selbst ein Bild von der Faszination der Spiele machen. Der Münchner Medienpädagoge Hans-Jürgen Palme hatte zusammen mit Bayreuther Schülern verschiedene Stationen aufgebaut und sie erklärten ihre Lieblingsspiele. Viele Besucher waren erstaunt über das nötige Wissen und die erforderliche Fingerfertigkeit mit Maus und

Tastatur, um erfolgreich zu spielen. Palme betreibt seit den 90er Jahren das „Studio im Netz (SIN)“ und zeigte Beispiele aus der praktischen Arbeit in Kindergärten und Horten.

Mit einfachen Videoprojekten wird bereits den Kleinsten klargemacht: Traue den Bildern nicht! Beamer, Tablet-PCs und Smartphones werden eingesetzt, um schnell und unkompliziert kurze Filme zu drehen, die dann verfremdet werden, z.B. durch Zeitlupe oder Rückwärtslauf. Die Filme werden auf youtube eingestellt – tolle Erfolgserlebnisse für die Kinder, wenn sie nun weltweit gesehen werden können.

Palme ist überzeugt: „Medien machen nicht automatisch einsam.“ Im Gegenteil: Das Computerspiel „Singstar“ ist Anstoß für eine große Gemeinschaftsveranstaltung. Die Filme davon laufen dann wieder bei youtube.

Computerspiele im Gelände

Ganz anders arbeitet der Medienpädagoge Jens Wiemken mit seinem Projekt „Hardliner“. Er holt mit seinen Jugendgruppen (meist Jungen) die ir-

deutigen Konsequenzen“, lautet sein Credo. Authentische Erfahrungen sind die Folge – natürlich nachbereitet zusammen mit den Jugendlichen in einer pädagogischen Reflexion. Nur mit Mädchen funktioniert dieser Ansatz oft nicht so gut: „Die wollen lieber Kaffeeklatsch statt Krieg.“

LAN-Party für Eltern

Medienpädagogik für Eltern gibt es auch. Markus Sindermann vom Spieleratgeber NRW stellte das Projekt Eltern-LAN vor (zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung bpb). Erwachsene stehen der Faszination, die digitale Spielwelten für die jüngere Generation besitzen, oft ratlos gegenüber.

Diese Veranstaltung schlägt eine Brücke zwischen den Generationen und gibt Eltern wie Pädagogen Einblicke in jugendliche Medienwelten. Bei der Eltern-LAN erhalten Eltern und pädagogische Fachkräfte die Möglichkeit, eigene Computerspielerfahrungen zu sammeln und sich über Inhalte und Wirkungen virtueller Spielwelten zu informieren.



Auf LAN-Partys treffen sich Computer- und Spiele-Fans

Für interessierte Institutionen (Schulen, außerschulische Bildungseinrichtungen, Jugendfreizeiteinrichtungen u.ä.) besteht die Möglichkeit, die Veranstaltung in den eigenen Räumen durchzuführen. Die bpb und ihre Partner führen die Veranstaltung kostenlos durch; die Gewinnung der Teilnehmenden übernimmt die Institution vor Ort.

reale Welt der Ballerspiele in die Natur. Aus der virtuellen Welt werden reale Erlebnisse nachts im Wald: frierend und manchmal auch mit Angst verbunden. Er lässt Gewaltspiele aus dem Computer im Gelände nachspielen: „Klare Regeln und Pflichten mit ein-

Am Ende der Bayreuther Tagung stand die Erkenntnis, dass es nicht mehr ernsthaft um die Frage gehen kann: Computer ja oder nein. Die Antwort kann nur lauten: Computer und Internet ja, aber bitte richtig. ■

Michael Schröder

Erziehung mit Gewalt

„Mit einem Holzbrett windelweich geschlagen“
Ehemalige Heimkinder kämpfen für Anerkennung des Unrechts

Mangelhaft und unfrei – so lautete die Beurteilung des Systems der Heimerziehung im Abschlussbericht des „Runden Tisches Heimerziehung“. Vieles, was zuvor durch die Presse ging, fand darin seine Bestätigung: „Kindern und Jugendlichen wurde nicht nur keine förderliche Erziehung an lohnenden Lebensorten geboten, vielfach wurden sie allein gelassen, misshandelt, traumatisiert und ihrer Zukunftschancen beraubt.“ Doch aus der Aufarbeitung innerhalb des Runden Tisches erwuchs auch das Postulat des Erinnerns an das grund- und menschenrechtsverletzende Geschehen in der Zeit von 1949 bis 1975 – eine Aufgabe, die sowohl Betroffene als auch Institutionen noch lange beschäftigen wird. Eine Tagung über „Erziehung und Gewalt“ fand in Kooperation mit dem Landesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe in Bayern e.V. (LVKE) statt.

Das Ziel von Erziehung ist es, Kinder und Jugendliche dazu zu befähigen, eigene Entscheidungen zu treffen und sie in ihrer Individualität auszubilden. Dieses Ideal wurde aber in Heimen und Erziehungsanstalten oft in sein Gegenteil verkehrt: Die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen wurden beschnitten und Gewaltanwendung, die weit über eine Ohrfeige hinausging, war keine Seltenheit: „Als ich einmal abhauen wollte, weil ich es im Heim nicht mehr aushielt, wurde ich von einer Nonne mit einem mit Nägeln gespickten Holzbrett windelweich geschlagen“, so das ehemalige Heimkind Erwin Wiesner.

Meist durchliefen die Kinder über die Jahre viele Heime und wurden bei andauernder „Unerziehbarkeit“ in psychiatrische Kliniken eingeliefert – doch auch dort nahm die Gewalt kein Ende, wie Wiesner berichtet: „In der Nervenheilanstalt wurde ich mit Medikamenten voll gepumpt und bei Ungehorsam

mit dem Kopf voraus in kaltes Wasser getaucht, bis ich fast ertrank. Auch ein Weg zurück in die eigene Familie beendete den Leidensweg oft nicht: „Meine Mutter hat mich weggegeben,



Die ehemaligen Heimkinder Erwin Wiesner und Armgard Wisent kämpfen für Aufarbeitung und Entschädigungen Fotos: Prechtl

weil sie mit der Erziehung überfordert war. Als ich nach einiger Zeit zu ihr zurück kam, fühlte ich mich nicht zu Hause, ich wusste gar nicht mehr was das ist, ein zu Hause, also lief ich weg und kam bald wieder in ein Heim“, so das ehemalige Heimkind Armgard Wisent. Vielen der Betroffenen fällt es

noch Jahrzehnte später schwer, über ihre Vergangenheit zu sprechen, zu groß ist die Scham vor gesellschaftlicher Ächtung.

Stigmatisierung

Aber auch mit Vorurteilen hatten ehemalige Heimkinder ihr Leben lang zu kämpfen. So Armgard Wisent: „Als ich einer Bekannten von meiner Hochzeit erzählte, war diese sehr überrascht, dass ich als ‚moralisch gefallenes Mädchen‘ überhaupt geheiratet wurde.“

Die schlechten Lebensbedingungen und das Übermaß an harter Arbeit verbauten den meisten ausreichende Bildungs- und damit auch Lebenschancen: „Ich hatte Glück, dass ich im letzten Heim, in dem ich war, die mittlere Reife nachholen konnte. Ich hatte Glück, dass ich nicht wie viele andere im Bordell oder im Knast gelandet bin“, so Wisent. Viele mussten erst durch die Hölle gehen um dann den Lichtblick am Ende des Tunnels zu erblicken.

„Nach einem Vorfall körperlichen Missbrauchs kam ich, wohl aus Gründen der Vertuschung, in eine Pflegefamilie. Da begann mein Leben erst richtig“, so Wiesner.

Eine persönliche Aufarbeitung erfolgte aber erst spät, wie auch bei Erwin Wiesner: „Dadurch, dass ich viel in der Welt herumgekommen bin, konnte ich das meiste verdrängen. Aber jetzt, wo ich älter werde, kommt alles wieder hoch.“ Umso dankbarer sind Betroffene, wenn sie bei ihrer Vergangenheits-



bewältigung unterstützt werden: „Ich bin froh, dass es Menschen gibt, die den Weg meiner Aufarbeitung begleitet haben – denn Familie existiert für mich nicht“, so Wisent.

Folgeschäden

Dass die Betroffenen oftmals ein Leben lang mit den Folgeschäden zu kämpfen haben, verwundert Uwe Kaminsky von der Ruhr-Universität Bochum nicht: „Worum es bei der Zwangserziehung ging, war die psychosoziale Disziplinierung und die Durchsetzung von Normen. Die Kinder und Jugendlichen sollten ‚gesellschaftskonform‘ umerzogen werden.“



Uwe Kaminsky: „Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz blieb von 1922 bis 1990 beinahe unverändert“

Eine solche Praxis konnte so lange aufrechterhalten werden, weil die gesetzliche Grundlage – das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz – von 1922 bis 1990 beinahe unverändert bestehen blieb. Dennoch war schon früher ein Wandel zu beobachten: „Ende der Sechzigerjahre setzte ein Umdenken in der Gesellschaft und eine Mobilisierung der Öffentlichkeit ein.

Der Reformdruck war nicht mehr aufzuhalten, doch eine effektive Kontrolle der Heime etablierte sich nur langsam und die Modernisierung stand unter konservativen Vorzeichen“, so Matthias Frölich vom LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte. Es musste zunächst der zugrundeliegen-

de Charakter der Fürsorgeerziehung geändert werden: „Die Einweisung ‚Unerziehbarer‘ wurde wie ein präventiver Gefängnisarrest für Minderjährige praktiziert“, so Kaminsky. Als Grund für die Einlieferung wurde oft „Verwahrlosung“ angeführt: „Ein schwammiger Begriff, der viel Spiel-

bleme als Konflikt zwischen Individuum und Gesellschaft betrachtet wurden, bestand die Notwendigkeit zur Kollektiverziehung: „Deshalb konnte es im Osten nicht zu einem solchen Wandel im Erziehungssystem kommen wie im demokratischen Westen“, schlussfolgert Laudien.



Demonstration ehemaliger Heimkinder für Entschädigungen des Unrechts in Kinderheimen vor dem Reichstagsgebäude in Berlin 2010

Fotos: wikimedia commons

raum bietet. Und bei den damaligen Wertvorstellungen lag die Grenze zur Verwahrlosung sehr niedrig“, gibt Frölich zu bedenken.

Heimerziehung in der DDR

In der DDR unterschied sich die Praxis der Heimerziehung kaum von der in der Bundesrepublik: „Der Hauptunterschied war, dass die Träger der Heime nicht wie im Westen überwiegend konfessionell waren, sondern dass der Staat das Erziehungsmonopol für sich beanspruchte“, so Karsten Laudien von der Evangelischen Hochschule Berlin.

Ziel der Heimerziehung war die Heranbildung einer sozialistischen Persönlichkeit, „deshalb ist eine Debatte über die Erziehung in der DDR auch immer ideologisch belastet“. Da soziale Pro-

Im Nachbarland Schweiz war das System der Heimerziehung ähnlich geregelt wie in der Bundesrepublik – woraus sich auch vergleichbare Probleme und Missstände ergaben. „Eine Besonderheit waren die ‚Verdingkinder‘. Sie wurden ihren Pflegefamilien wie Sklaven angeboten und mussten in der Landwirtschaft und im Haushalt schwere Arbeit verrichten“, so Thomas Huonker aus Zürich. Außerdem sei die Aufarbeitung in der Schweiz noch nicht so weit vorangeschritten wie in anderen europäischen Ländern und die Politik gegenüber den Betroffenen zu „reaktionär“. Huonkers Fazit lautet: „Die glücklichen Fälle beweisen, dass die unglücklichen nicht hätten sein müssen.“

Länderübergreifend gilt, dass eine effektive Aufarbeitung nur unter Einbeziehung aller beteiligten Institutionen stattfinden kann. Als eines der größ-



ten Defizite des ehemaligen Systems der Heimerziehung gibt Stefan Rösler von der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in Bayern zu bedenken, „dass Kinder und Jugendliche keine funktionierenden Beschwerdewege zur Verfügung hatten.“

Bartholomäus Brieller, der Vorsitzende des Landesverbandes katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe in Bayern, begrüßt das Umdenken in der Gesellschaft: „Es ist wichtig, dass es Öffentlichkeit gibt und dass wir die Pflicht haben, unsere Arbeit zu veröffentlichen.“

Aus Fehlern lernen

Das ehemalige Heimkind Sonja Djurovic, Mitglied des „Runden Tisches Heimerziehung“, sieht die Gesellschaft noch vor einem langen Weg der Vergangenheitsbewältigung: „Die Politik ist in der Verantwortung. Mit einer Anhörung im Landtag ist es nicht getan. In Sachen Aufarbeitung muss es weitergehen und da ist Fachkompetenz gefragt.“

Der CSU-Landtagsabgeordnete Joachim Unterländer pflichtet ihr bei: „Ich will die Politik nicht frei sprechen von Verantwortung. Ich trete für einen Dialog zwischen allen Fraktionen ein. Das ist kein Thema für parteipolitische Auseinandersetzungen, das verbietet sich.“ Verantwortung sieht Rösler wahrgenommen, „wenn systemische Zwänge vollständig abgelegt sind.“

Brieller ergänzt: „Wir müssen die Fehler der Vergangenheit zugeben, in der Gegenwart transparent bleiben, aus der Vergangenheit lernen und für eine kontinuierliche Verbesserung kämpfen.“ Unterländer sieht dabei sich und seine Landtagskollegen in die Pflicht

und Ordnungsrecht: „Bei der Heimerziehung ging es in erster Linie um eine Gefahrenabwehr. Die Intention war, dass ‚gute‘ Kinder aus einer sie gefährdenden Situation gerettet werden und ‚böse‘ Kinder in ihrem Verhalten einer staatlichen Korrektur bedurften“, so



Heimkinder bei der Erntearbeit in einem katholischen Heim

genommen: „Die Politik muss dazu beitragen, dass die Verantwortlichen herangezogen werden, die Entschuldigungen bei den Betroffenen ankommen und die Aufarbeitung weitergeht.“

Wurzeln im Polizeirecht

Doch eine sinnvolle Aufarbeitung kann nur im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen geschehen. Das bis 1990 geltende Reichsjugendwohlfahrtsgesetz hatte seine Wurzeln im Polizei-

der Berliner Professor Reinhard Wiesner. Heute können Betroffene, die zwischen 1949 und 1975 im Heim waren, Zahlungen für ihre Folgeschäden aus dem „Fonds Heimerziehung“ geltend machen. Doch bei jeder Art der Aufarbeitung wie auch beim „Runden Tisch Heimerziehung“ stellt sich die Frage, wer als Anwalt der Betroffenen auftreten, für sie sprechen und damit an der Konstruktion von moralisch geltenden Normen mitwirken darf. ■

Susanne Prechtl

Linktipps:

<http://www.fonds-heimerziehung.de/>

<http://www.rundertisch-heimerziehung.de/index.htm>

<http://www.bundestagung-heimerziehung.de/>

<http://www.mitmenschen-ausstellung.de/?id=96993>

Arbeitswelt macht Seele krank

Beruflicher Stress dringt in Familie und Gesellschaft ein

Müde, schlapp, ausgebrannt. Die Zahl der Krankschreibungen in Folge psychischer Erkrankungen steigt seit Jahren an. Betroffen sind Lehrer, Erzieher, Manager, selbst Kinder und Jugendliche. Durch Beschleunigung und Ökonomisierung hat sich unsere Arbeitswelt verändert. Prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen bleiben nicht ohne Folgen für die seelische Gesundheit. Könnte es sein, dass die „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ und die damit zusammenhängende Verunsicherung viele Menschen nicht fordert und fördert, sondern schlichtweg überfordert?

Schon Platon wusste, dass die Voraussetzung für einen gesunden Staat eine gesunde Seele ist. Aber was macht die gesunde Seele aus? „Eine klare Definition gibt es nicht, weil jeder Mensch ein Unikat ist“, so Rolf Verres vom Universitätsklinikum Heidelberg. Allerdings gebe es Faktoren, die für die seelische Gesundheit förderlich seien, wie zum Beispiel ein positiver Lebenssinn in Form von persönlichen Zielen, zwischenmenschlicher Zusammenhalt, Optimismus, Humor oder Genuss. „Das genussvolle Erleben mit allen Sinnen ist eine sehr wichtige Fähigkeit“, so der Mediziner.

Ungerechtigkeit als Risikofaktor

Laut Verres gibt es aber auch Faktoren, die seelisch krank machen können: Trauer und Verlusterfahrungen, bestimmte genetische Dispositionen, schwere körperliche Erkrankungen, berufliche Probleme oder Konflikte in Familie und Partnerschaft. Wo sie erkrankt, ist das ein „biopsychosoziales“ Ereignis.

Als gesellschaftliche Hauptursache für psychische Erkrankungen nennt der Mediziner und Psychologe soziale Ungerechtigkeit: „Wenn Menschen das Gefühl haben, in einer ungerechten Welt zu leben, ist das ein Risikofaktor.“ Verres machte auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die jedes Individuum in verschiedenen sozialen Kontexten bewältigen muss und verweist

zur Orientierung auf die buddhistische Auffassung von Persönlichkeit: „Sich der eigenen Vergänglichkeit bewusst werden, ist eine ganz große Leistung – dadurch wird man bescheidener.“



Rolf Verres sorgte mit dem Klavier für Harmonie Fotos: Prechtl

„Glück ist eine Extremform von Wohlbefinden und die Liebe ist eine bestimmte Art von Glück und Zwischenmenschlichkeit“, so Rolf Verres.

Verlust der Gleichzeitigkeit

Die Hamburger Soziologin Christiane Bender machte auf eine Grundbedingung der Identitätsbildung aufmerksam: Im gleichzeitigen Zusammensein mit anderen erwerben wir diejenigen Sinngehalte, die unserem Selbstbewusstsein Halt geben. Besonders die lang andauernde Zuwendung zwischen Kind und Mutter und die regelmäßige

Wiederholung angenehmer Empfindungen sind dabei bedeutsam. Hier formt sich die früheste Form des Zeiterlebens: Die Eigenzeit des Babys fällt mit dem Erleben anderer zusammen. Im Heranwachsen erlebt der Mensch dann zunehmend die Möglichkeit, Eigenzeit zu gestalten. Wo diese Fähigkeit dann wieder abnimmt, da nimmt auch die Lebendigkeit ab. Das leibseelische Menschenwesen braucht dazu eine sinnlich-reflexive Beziehung zum anderen. Worte können dabei nicht wettmachen, was der Körper nicht ausdrückt. So braucht es für erfolgreiches Lernen die volle Präsenz des Lehrers und nicht etwa eine Tonbandaufnahme.

Das seit den 90er Jahren propagierte „1½-Ernährer-Modell“ setzt die Familien mittlerweile unter erhöhten Stress. Zeitarbeit, prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne wirkten als zusätzliche Stressfaktoren. Der Berufsstress dringe in die familiären Innenbeziehungen ein und verunmögliche zunehmend die Realisierung von Gleichzeitigkeit.

Prävention gegen Burn-out

Man fühlt sich erschöpft und hat keine Energie, kann sich nicht konzentrieren, fühlt sich nicht ausreichend anerkannt und hat Schlafprobleme – die Symptome eines Burn-outs sind vielfältig und fast jeder kennt sie.

Allerdings ist „Burn-out“ keine anerkannte medizinische Diagnose: „Burn-out ist keine Erkrankung, sondern ein frei schwebendes Konstrukt – sowohl im konzeptionellen als auch im versicherungstechnischen Raum“, so Andreas Hillert, Chefarzt an der medizinisch-psychosomatischen Schön Klinik Roseneck in Prien. Der Mediziner möchte das Leiden der Betroffenen nicht klein reden, weist aber darauf hin, dass „Burn-out“ als Diagnose obsolet sei. Vielmehr handle es sich um



ein subjektiv variierendes Krankheitsbild und um einen Indikator für fatale gesellschaftliche Entwicklungen. Unter dem Konzept des „Burn-outs“ werden demnach vielfältige Probleme subsumiert – alle verbindet dieselbe Ursache: „Burn-out ist ein Selbstkonzept zur Rettung des Individuums in der neoliberalen Arbeitswelt. Sämtliche Schwierigkeiten im Beruf und deren Folgen werden unter dem Begriff ‚Burn-out‘ kommuniziert, weil das gesellschaftlich anerkannt ist“, so Hillert. „Diese Probleme müssen direkt an der Wurzel gepackt werden – mit Stressprävention, um gar nicht erst in den Teufelskreis aus Leistungsdruck und Überforderung zu geraten.“

Demgegenüber gelte es, die Depression klar abzugrenzen: Sie sei eine diagnostizierbare psychische Störung. Allerdings seien – im Gegensatz zu anderen Erkrankungen und Verletzungen wie einem gebrochenen Bein – die Ursachen und die Symptome von Patient zu Patient verschieden. Daraus ergäben sich auch unterschiedliche Therapieformen, die Heilungsrate liege zwischen 50 und 80 Prozent.

Depressive stigmatisiert

„Das Schwierigste an Depressionen sind die gesellschaftlichen Stigmatisierungen. Oftmals werden die Betroffenen als Drückeberger oder Verrückte abgestempelt“, so Andreas Hillert. Entgegen vieler Behauptungen sei die Zahl der psychischen Erkrankungen in den letzten Jahren nicht angestiegen.

Aber ein anderes Problem lasse sich in Zeiten der Globalisierung beobachten: „Die heutige Arbeitswelt fängt Depressionspatienten nicht mehr auf, es gibt kaum Spielraum, die Krankheit und den Beruf zu verbinden. Die Anforderungen an den Einzelnen sind so enorm, dass oftmals der einzige Weg eine Krankschreibung ist“, sagt Hillert. „Dabei hilft es vielen, in die Arbeit zu gehen, weil sie so einen strukturierten Tagesablauf haben und sich auf andere Dinge fokussieren können.“

Durch die Omnipräsenz der Bildschirme wird unsere Aufmerksamkeit ständig stimuliert“, meint Christoph Türcke von der Hochschule für Graphik und Buchkunst in Leipzig und sieht darin den Ausdruck eines globalen und hochtechnologischen Aufmerksamkeitsregimes.



„Burn out“: Wenn die Arbeit einem über den Kopf wächst

„Nach dem Willen des Bildschocks formt sich alles und jeder“, so Türcke, der für diese Entwicklungen den Begriff der „Aufmerksamkeitsdefizitkultur“ vorschlägt. Damit lasse sich die steigende Zahl der Kinder und Jugendlichen erklären, die unter ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung) leiden: „Es handelt sich um ein Aufmerksamkeitsdefizit, das sie selbst erlebt haben“, erklärt Türcke und bestätigte damit Christiane Benders These der Bedeutung von Gleichzeitigkeit.

Zappelphilipp 2.0

Die Bezugspersonen dieser Kinder hätten sich nicht vollständig auf sie konzentriert, weil sie zum Beispiel durch Fernseher, Computer oder Handy ständig abgelenkt waren: „Diese Kinder haben die aufmerksamkeitstziehende Wirkung des Bildschirms erlebt. Diesen Entzug bewältigen sie durch ihre eigene Hinwendung zu den flimmernden Unruhestiftern und fliegen deshalb auf Bildschirme wie die Motten zum Licht“, meint Christoph Türcke. Um dieser Entwicklung, deren Höhepunkt noch nicht erreicht sei, entgegenzuwirken, plädiert der Philosoph für ein Schulfach „Ritualkunde“, um eine bewusste Fokussierung und eine kritische Reflexionsfähigkeit einzuüben.

Wohlstand ist keine Frage des Luxus und mehr als die Abwesenheit von Armut. Was als Wohlstand gilt, wird sozial definiert und hängt jeweils davon ab, woran es besonders mangelt. Vor diesem Hintergrund stellte der Münsteraner Sozialethiker Jürgen Rinderspacher seine Überlegungen zum „Zeitwohlstand“ an. Nachdem zu Anfang der 1960er Jahre in der Bundesrepublik der materielle Mangel weitgehend beseitigt war, kam ein anderes Defizit zum Vorschein: Was nützt das Einkommen, wenn ich keine Zeit mehr habe? Entsprechend wurde in der folgenden Zeit ein großer Teil des Produktivitätszuwachses als freie Zeit ausgeschüttet.

Weniger Arbeit bedeutete mehr Lebensqualität. Nach der Verkürzung der Arbeitsdauer wurde

dann auch die Individualisierung der Arbeitszeit betrieben.

Zeitwohlstand

Lage und Verteilung der Arbeitszeit wurden nun zu Gütekriterien. Diese Entwicklung ändere aber nichts am grundsätzlichen Konflikt der Zeitinteressen von Familien und Unternehmen. Rinderspacher prognostizierte: „Die Unternehmen werden ihren Takt immer stärker vorgeben.“ Das zeige sich zuletzt wieder an der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, deren Auswirkungen vor allem Frauen und Familien betrifft. Die Debatte um Nachtkindertagesstätten etwa steht damit im Zusammenhang. Statt Flexibilität seien aber vielmehr Kalkulierbarkeit und Verlässlichkeit Grundbedingungen für Zufriedenheit. Das werde auch in empirischen Studien bestätigt. Auch die Individualisierung der Arbeitszeiten habe mittlerweile eine erkennbare Schattenseite, denn die Durchmarktung der betrieblichen Organisation hat die Steuerung des Zeitmanagements in das Innere der Menschen verlegt. So ist der „Arbeitskraftunternehmer“ entstanden, der miterlebe, dass die Verdichtung von Arbeitsprozessen nur negative Effekte auf den Zeitwohlstand habe. ■

Susanne Precht / Michael Spieker

Ein kritisch-wohlwollender Begleiter und Förderer

Dr. h.c. Wilhelm Ebert zum 90. Geburtstag

Sachverstand, Intellekt, politisches Gespür, diplomatisches wie rhetorisches Geschick, Menschenkenntnis, Sinn für (politische) Realitäten, Durchsetzungs- und Durchhaltevermögen auch auf der internationalen Bühne und dazu ein faszinierend gutes Gedächtnis.

Würde man diese Begabungen und Fähigkeiten als Anforderungsprofil an Kandidaten für ein Spitzenamt in Partei- oder Verbandspolitik formulieren, heimste man sich schnell den Vorwurf der völlig überzogenen Ansprüche ein. Wilhelm Ebert jedoch, der am 6. Mai 2013 seinen 90. Geburtstag feierte, ist ein solches Ausnahmetalent.

Der langjährige Spitzenfunktionär und Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV) gehörte nicht nur zu den „treibenden Kräften und wichtigsten Akteuren“ bei den wegweisenden schulpolitischen Reformen in Bayern. Der „begnadete Netzwerker“ (so jeweils Jürgen Weber in seiner nachfolgend nachzulesenden Buchbesprechung zu Wilhelm Eberts Autobiographie) wirkte zudem aktiv an der Gründung und am Gedeihen der Akademie für Politische Bildung Tutzing mit.

Wilhelm Ebert war schon an den Vorüberlegungen zur Akademiegründung und an der Entwurfserstellung für das Akademiegesetz beteiligt: Bereits bei der ersten sog. Grünwalder Arbeitstagung, die auf Initiative des SPD-Fraktions- und Landesvorsitzenden, Waldemar von Knoeringen, unter der Leitung von Thomas Ellwein am 31. Juli 1955 stattfand, war der Sachverstand des damaligen Vorsitzenden des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes gefragt. Für die Akademie für Politische Bildung noch wichtiger ist die Tatsache, dass

Wilhelm Ebert von Anfang an Mitglied des nach seiner eigenen Einschätzung mit „erheblicher Gestaltungsmacht“ (Ebert Band 1, S. 270) ausgestatteten Kuratoriums war und ist.

Seitdem Ebert an den Beratungen des Kuratoriums über die Berufung des ersten Akademiedirektors am Jahres-



Von Anfang an im Kuratorium der Akademie: Wilhelm Ebert

ende 1957 mitwirkte, die schließlich zur Berufung von Felix Messerschmid führten, haben sehr viele Sitzungen des Kuratoriums stattgefunden. Darunter auch die eine oder andere Krisensit-



Wilhelm Ebert (Mitte) mit dem Akademiegründer Waldemar von Knoeringen (links)

Fotos: BLLV (mit freundlicher Genehmigung dem Buch entnommen)

zung. Schließlich blieb auch die Akademie für Politische Bildung trotz ihrer soliden, gesetzlich fixierten Grundlage nicht verschont von der einen oder anderen Begehrlichkeit, sie finanzpolitisch oder auch ihren Standort Tutzing anzutasten.

Die Akademie verdankt es ihrem immer klug agierenden und (falls erforderlich) streitbaren Kuratorium – und hier gerade auch Wilhelm Ebert –, dass es jeweils beim Ansinnen blieb und die Akademie für Politische Bildung etwas ganz besonderes in der Landschaft der Akademien und der Einrichtungen der Erwachsenenbildung geworden ist: ein Ort originärer wissenschaftlicher Kompetenz.

Ein solches Gründungsmitglied, ein solcher kritisch-wohlwollender Begleiter und Förderer seit bald 60 Jahren – das ist ein Geschenk für eine Institution. Und obwohl sein 90. Geburtstag eigentlich Anlass für die Akademie sein müsste, Wilhelm Ebert ein ganz großes Geschenk zu machen, ist es eher umgekehrt: Wilhelm Ebert beschenkt die Akademie für Politische Bildung Tutzing – mit seinem wachen Verstand, seinem Gespür für die Herausforderungen der politischen Bildungsarbeit, mit seiner Herzenswärme und nicht zuletzt mit seiner Bereitschaft, auch im hohen Alter die Geschicke der Akademie weiterhin aktiv zu begleiten.

Wir gratulieren deshalb nicht nur ihm von ganzem Herzen, sondern wir gratulieren auch der Akademie für Politische Bildung – zu einem großartigen Kurator und wünschen ihm noch viele Lebensjahre voller Gesundheit und Schaffenskraft. ■

Ursula Münch

Präzise Erinnerungen eines großen Schulreformers

Wilhelm Eberts Memoiren informieren zuverlässig über den bayerischen Schulkampf

Auch bei den diesjährigen Landtagswahlen in Bayern dürften Fragen der Schul- und Bildungspolitik genügend Stoff für den Parteienstreit zwischen Regierung und Opposition liefern. Bundesweit ist die Qualität der bayerischen Schulen zwar anerkannt. Plätze ganz vorne in Rankings aller Art gelten hierzulande als selbstverständlich. Dennoch gibt es immer wieder gute Gründe, um Verbesserungen an den schulischen Verhältnissen anzumahnen, Reformen im Schulsystem zur Diskussion zu stellen oder, ganz allgemein formuliert, auch im Schulbereich auf neue gesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren. Insofern ist das Feld der Schulpolitik ein vermintes Gelände, reich bestückt mit divergierenden Konzepten, Ideologien, Reformideen und Versprechungen, mit denen die Parteien um die Zustimmung der Wähler ringen. Denn was und wie in den Schulen gelernt und gelehrt wird, geht direkt oder indirekt fast jeden etwas an. Für die Politiker bedeutet das: Mit Erfolgsbilanzen oder Defizitanalysen in Sachen Schule können sie sich profilieren, was in anderen Bereichen der Landespolitik nicht so einfach ist, weil da häufig die sachlichen Zuständigkeiten fehlen.

In historischer Perspektive wirken die aktuellen schulpolitischen Debatten in Bayern allerdings eher harmlos, vergleicht man sie mit den schulpolitischen Kämpfen aus der Anfangszeit der Bundesrepublik, als es in Bayern um die Beseitigung der konfessionellen Bekenntnisschule im Volksschulbereich zugunsten der christlichen Gemeinschaftsschule und um die universitäre Aufwertung und Neuordnung der entsprechenden Lehrerbildung ging. Am Ende eines langwierigen politischen Ringens standen damals zukunftsweisende, heute von niemandem mehr in Frage gestellte politische

Entscheidungen, die der Autor des hier vorzustellenden Werkes maßgeblich mit gestaltet hat. Wer sich über dieses – die bayerische Landespolitik in den 1950er bis in die frühen 1970er Jahren heftig umstrittene und sie zeitweilig geradezu dominierende Thema – zuverlässig informieren will, sollte zu den von Wilhelm Ebert vorgelegten zweibändigen Memoiren greifen.

Skeptiker gegenüber dem Genre der Autobiographie werden bei der Lektüre unschwer feststellen, dass hier ein Autor am Werk ist, der sich nicht in belanglosen Anekdoten oder in unterschiedlichen Formen der Selbstbeweihräucherung ergeht, sondern präzise wie ein Historiker Quellen und Literatur auswertet und in diesem Kontext seine Erinnerungen und Erfahrungen als handelnder Zeitzeuge und Verbandspolitiker ausbreitet. Er verlässt

Wilhelm Ebert: **Mein Leben für eine pädagogische Schule.** Im Spannungsfeld von Wissenschaft, Weltanschauung und Politik 2 Bände, Julius Klinkhardt Verlag, Bad Heilbrunn 2009, 1005 S. ISBN 978-3-7815-1684-7

sich also nicht allein auf sein Gedächtnis, sondern zieht immer wieder Dokumente und zeitgenössische Texte heran, was seinen Ausführungen eine wohlthuende Frische und Authentizität verleiht.

Als Leser dieser Memoiren erfährt man viel über den Lebensweg und die Persönlichkeit des Autors, aber noch viel mehr über die zeitgeschichtlichen Umstände seines Wirkens als Schulreformer und über die Hintergründe der damaligen politischen Kämpfe für eine moderne Schule in Bayern.

Zu der heute immer wieder gepriesenen Modernisierungsgeschichte Bayerns seit 1945, das sich in wenigen Jahrzehnten von einem Agrarland zu einem

europäischen Hightechstandort mit exzellenten Universitäten und leistungsfähigen Schulen sowie zu einer der führenden Wirtschaftsregionen Deutschlands entwickelte, gehören auch die damals gegen starke Widerstände der Kirchen und des konservativen Parteienspektrums durchgesetzten Neuerungen im Schulwesen. Das ist heute vielfach in Vergessenheit geraten.

Akribische Arbeit

Obleich ohne parteipolitische Ämter und Funktionen, aber in seiner Rolle als langjähriger Spitzenfunktionär und Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV) zählte Ebert damals zu den treibenden Kräften und wichtigsten Akteuren dieser schulpolitischen Reformen in Bayern. Seine akribisch gearbeiteten, immer in

die Details der geschilderten politischen Ereignisse und Zusammenhänge eindringenden beiden Bände haben den Vorzug, dass man sie unter verschiedenen Gesichtspunkten und Fragestellungen lesen und daher auch einmal das eine oder andere Kapitel überspringen kann. Das sei für den eiligen Leser ausdrücklich erwähnt.

Wer sich zum Beispiel primär für politische und soziologische Aspekte des Verbändewesens im demokratischen Staat interessiert, der findet hier viele anschaulich geschilderte Beispiele für Einflussstrategien und Machtbildungsprozesse in der Politik, die zeigen, wie wichtig der „menschliche Faktor“ im Sinne von politischem Gestal-



tungswillen, Sachverstand, Überzeugungstalent, Führungsstärke, Flexibilität und öffentlichem Ansehen für eine erfolgreiche Verbandspolitik und die Politik ganz allgemein ist.

Organisierte Mitsprache

Auch für die innerverbandliche Willensbildung einschließlich der unvermeidlichen Intrigen und Machtkämpfe lassen sich interessante Erkenntnisse gewinnen – so zum Beispiel, dass der verbandsinterne Neidfaktor gegenüber einer erfolgreichen Führungsfigur nicht unterschätzt werden sollte.

Das Buch lässt sich aber auch als eine materialreiche historische Fallstudie lesen, die zeigt, worauf es in einer pluralistischen Demokratie ankommt, damit heiß umkämpfte gesellschaftspolitische Streitfragen – hier in der Schulpolitik – erfolgreich gelöst werden können: zum einen benötigen die Akteure einen langen Atem und Kompromissbereitschaft; zum anderen bedarf es eines öffentlich artikulierten Leidensdrucks angesichts unbefriedigender Zustände – man könnte auch sagen: Der Zeitpunkt für Reformen durch staatliches Handeln muss stimmen; und nicht zuletzt: die organisierte Mitsprache der davon betroffenen Bürger optimiert langfristig den Erfolg entsprechender Maßnahmen.

Vor allem der an Zeitgeschichte, Landesgeschichte oder auch an pädagogischen Fragen der Bildungsgeschichte interessierte Leser kommt hier auf seine Kosten. Er erfährt quasi aus erster Hand, aber immer quellengestützt, wie das damals war, als Bayern nach heftigen politischen Kämpfen die Zeit der konfessionell getrennten Zwergschulen zugunsten mehrstufiger christlicher Gemeinschaftsschulen beendete und es einem mitgliederstarken Lehrerverband mit einem einflussreichen Verbandschef an der Spitze gelang, die jeweilige Regierungsmehrheit im Landtag für seine Reformbestrebungen zu gewinnen.

Frühzeitig begann der 1923 im Egerland geborene, nach Krieg und französischer Gefangenschaft aus seiner Heimat vertriebene und in Bayern angesiedelte Ebert sein berufspolitisches Engagement. Bereits als Junglehrer in Dachau (1947) knüpfte er erste Kontakte zum Bayerischen Lehrerverein (BLV) und stellte bald sein politisches Gespür und sein Organisationstalent mit der Neugründung der Dachauer Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer (ABJ) unter Beweis.

Kampf gegen die Bekenntnisschule

Bereits ein Jahr später gab der umtriebige und agile „Junglehrer“ den Anstoß für die Gründung einer entsprechenden landesweiten Interessenvertretung unter dem Dach des BLV und



Antrittsbesuch bei Bundeskanzler Helmut Schmidt

wurde auch gleich zum Vorsitzenden gewählt. Nach eigenem Bekunden war es die „obrigkeitsstaatliche Gängelung“ durch eine autoritäre Schulverwaltung, die ihm in Gestalt des zuständigen Schulrates gegenüber trat, die sein Engagement für seinen Berufsstand anstachelte. Vor allem aber war es der konfessionell-klerikale Einfluss auf das bayerische Schulwesen einschließlich der konfessionellen Lehrerbildung, den er und seine Anhänger scharf kritisierten. Selbstbewusst forderte man neben einer angemessenen Besoldung der Lehrer die „Beseitigung jeder Abhängigkeit vom Klerus“ und proklamierte den „Kampf

dem Obrigkeitsdenken und Untertanengeist“. Damit begann die Verbandskarriere eines politischen Naturtalents, der stets konkrete berufspolitische Forderungen mit bildungspolitischen und pädagogischen Visionen zu verbinden verstand.

Spitzenvertreter der Lehrer

Nach wenigen Jahren gelangte er bereits an die Spitze des BLLV (1955 bis 1962 und 1967 bis 1984), den er zu einer einflussreichen Organisation mit gesellschaftspolitischem Anspruch auf dem Schulsektor umgestaltete und dessen Ehrenpräsident er noch heute ist. Er war und blieb in Bayern verwurzelt. Das hinderte ihn aber nicht daran, sondern spornte ihn eher an, die Stimme der organisierten Lehrerschaft auch bundesweit zu Gehör zu bringen als Mitbegründer und zumeist auch Spitzenvertreter einer ganzen Reihe weiterer Lehrerverbände (beispielsweise Deutscher Lehrerverband 1969 bis 1978, Bundesverband Bildung und Erziehung 1974 bis 1993), deren Aktivitäten auf die Verwirklichung des pädagogischen Erziehungsauftrags einer demokratischen Schule abzielten.

Der vor allem in den 1970er Jahren und auch später noch in der Bundesrepublik geführte ideologisch motivierte Streit um das „richtige“ Schulsystem – Gesamtschule versus gegliedertes Schulwesen – fand in ihm keinen Parteigänger. Die pädagogischen Fragen, der schulische Alltag der Schüler und die Stellung der Lehrer gegenüber der Kultusbürokratie waren ihm wichtiger als ideologische Schaukämpfe, die seinem pragmatischen Denken und Handeln fremd blieben. Für „unpolitische Schwärmereien“, wie er das selbst einmal formulierte, konnte er sich nie erwärmen.

Doch mit der nationalen Bühne begnügte sich der bayerische Verbandschef nicht. Bald war er auch international gefragt und tätig als Direktor des Pariser Büros des Weltlehrerverbandes und dessen Ständiger Vertreter bei der UNESCO (1958 bis 1970) sowie, quasi als Krönung seiner Karriere, Vorstandsmitglied, Vizepräsident und



schließlich für drei Jahre Präsident des Weltverbandes der Lehrerorganisationen (WCOTP, 1972 bis 1978).

Mit seinem weltweiten Engagement machte er sich allerdings bei den Verbandsoberen im BLLV nicht nur Freunde. Seine vereinsinternen Gegner konnten und wollten mit der politischen Dynamik ihres Vorsitzenden nicht mithalten, Ebert trat 1962 zurück, widmete sich verstärkt seinen internationalen Aufgaben, um fünf Jahre später auf dringliche Bitten aus München hin erneut die Führung des Lehrerverbandes zu übernehmen. Dieser hatte in der Zwischenzeit merklich an politischem Einfluss verloren.

Längst hatte der ebenso lernbegierige wie führungswillige und diplomatisch versierte Ebert seine Mitstreiter davon überzeugt, dass seine internationalen Erfahrungen seinen Aufgaben in Bayern zugute kamen. Dort war er inzwischen zu einem verbandspolitischen Solitär geworden, an dem kein maßgeblicher Politiker vorbei kam, weil er getreu seinem Motto aus Junglehrerzeiten „kräftig Gebrauch“ machte „aus den Gestaltungsmöglichkeiten der Demokratie“.

Kampf um Reformen

Wie er diese politischen Gestaltungsmöglichkeiten virtuos, mit Energie und Ausdauer nutzte, um die konfessionelle Trennung in der bayerischen Volksschule und in der Lehrerbildung gegen starke Widerstände – vor allem der katholischen Kirche und in der CSU – mit Hilfe der reformorientierten Kräfte im Land zu überwinden, schildert der Autor in allen Einzelheiten – für den interessierten Laien spannend zu lesen, für den Fachhistoriker eine unverzichtbare Informationsquelle.

So entsteht hier das Bild von einer Periode der produktiven Unruhe in der damaligen bayerischen Parteienlandschaft, die der Verbandspolitiker und Schulreformer für seine Ziele zu nutzen verstand. Als Stichworte seien nur genannt: die Viererkoalition von 1954 bis 1957 aus SPD (mit Parteichef Waldemar von Knoeringen als Spiritus Rector), FDP, BHE und Bayernpar-

tei, die „die Befreiung des Lehrerstandes aus einer jahrhundertalten Bevormundung und Niederhaltung“ zu ihrem Regierungsprogramm machte, wie das der neugewählte sozialdemokratische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner formulierte.

Architekt der Viererkoalition

Unversehens sah sich die CSU auf die Bänke der Opposition verwiesen – eine bis heute einmalige politische Konstellation in Bayern, an deren Entstehen der begnadete Netzwerker Ebert intensiv mitgewirkt hatte. Gleichwohl pflegte dieser auch weiterhin den Kontakt mit wichtigen CSU-Politikern wie dem neuen Oppositionsführer im bayerischen Landtag Hanns Seidel, was sich als sehr weitsichtig erwies. Denn gegen den anhaltenden Widerstand der Kirchen, vor allem auf katholischer Seite, die auf die Einhaltung der geltenden Kirchenverträge (Konkordat) mit dem bayerischen Staat und der entsprechenden Regelungen der Bayerischen Verfassung (Bekennnisschulen) pochten und dabei die CSU auf ihrer Seite hatten, konnte gesetzgeberisch zunächst nichts geschehen, zumal sich auch Ministerpräsident Hoegner mit dem Vatikan nicht anlegen wollte.

Dagegen gelang es der Viererkoalition gerade noch rechtzeitig, das Gesetz zur Gründung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing durch den Landtag zu bringen – ein bildungspolitisches Erfolgsprojekt mit Langzeitwirkung, an dessen Entstehen und Gedeihen Wilhelm Ebert ebenfalls entscheidend mitwirkte als Mitbegründer der Akademie und als Mitglied ihres Kuratoriums seit 1957 bis heute.

Steiniger Weg

Ein knappes Jahr nach dem vorzeitigen Ende der Viererkoalition kam dann 1958 nach langem Hin und Her der Durchbruch unter dem neuen CSU-Ministerpräsidenten Seidel, einem Vertreter des liberal-konservativen Flügels der Partei: Mit der Einführung von Pädagogischen Hochschulen gelang es

jetzt schrittweise, die Lehrerbildung zu entkonfessionalisieren und ihr einen akademischen Status zu verleihen, später folgte dann ihre Eingliederung in die Universitäten – ein großer Erfolg für den Schulreformer Ebert und vor allem für die Lehrerschaft. Aber es dauerte noch Jahre, bis das zweite große Ziel der Reformen, die Beseitigung des kirchlichen Einflusses auf die Volksschule und die Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule, schließlich im Jahre 1968 erreicht war.

„Endlich erhielten alle Lehrer in Bayern“ – so Eberts Fazit – „unabhängig von ihrem Religionsstatus ihre vollen beruflichen und staatsbürgerlichen Rechte... Der Staat fungierte nicht länger als weltlicher Arm der Katholischen Kirche“. Der Weg dorthin war steinig, der Entscheidungsprozess verworren; innerhalb und außerhalb des Landtages und mittels Volksbegehren versuchten die Parteien Akzente zu setzen; die Kirchenvertreter mauerten, bis es schließlich zu einer parteiübergreifenden Lösung kam – Ebert hatte zuvor Franz Josef Strauß für sein Anliegen gewonnen und auch den Münchner Kardinal Döpfner sowie den evangelischen Landesbischof Dietzfelbinger dazu gebracht, den Verzicht auf die Erwähnung der Bekenntnisklassen in der Landesverfassung zu akzeptieren; dann bedurfte es noch eines Volksentscheides, um die notwendigen Verfassungsänderungen abzusegnen; mit 76,3 Prozent Ja-Stimmen geschah das dann auch.

Um heute zu verstehen, warum dieses zähe Ringen für eine zeitgemäße Volksschule damals mit so viel Engagement und mit so großer Heftigkeit auf allen Seiten geführt wurde, sollte sich der interessierte Leser auf Eberts facettenreiche Schilderung jener Jahre des Schulkampfes in Bayern einlassen. Er lernt dabei sehr viel darüber, wie Politik gemacht wird – auch und gerade jenseits der öffentlichen Auseinandersetzungen – und wie Politik gelingen kann, wenn die verantwortlichen Akteure Überzeugungskraft und Kompromissbereitschaft zeigen. ■

Jürgen Weber

Rationalität als Ziel politischer Bildung

Vor zehn Jahren starb Altdirektor Manfred Hättich

Nach seiner Rückkehr im Mai 1947 aus französischer Kriegsgefangenschaft studierte Manfred Hättich zunächst bis 1951 Katholische Theologie an der Universität Freiburg (Breisgau). Danach begann er das Studium der Volkswirtschaft. Gleichzeitig wurde er hauptamtlicher Tutor für politische Bildung im neu eingeführten Studium Generale der Freiburger Universität. Im Rahmen dieser Tätigkeit avancierte Hättich auch zum Mitglied der Kommission für politische Bildung bei der Westdeutschen Rektorenkonferenz.

Wissenschaft an der Universität München berufen, und zugleich beurlaubt, um zum Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing ernannt zu werden. In dieser Funktion wurde er 1976, 1982 und erneut 1988 bestätigt. Nach Vollendung seines 68. Lebensjahres trat Hättich 1993 in den Ruhestand. Am 29. Oktober 1993 fand der offizielle Festakt zur Übergabe der Amtsgeschäfte an den neuen Akademiedirektor Heinrich Oberreuter statt.

mester 1995/96 nahm er eine Gastprofessur an der Katholischen Universität Eichstätt wahr. Nebenher hatte er bis zum Sommersemester 1996 einen Lehrauftrag an der Hochschule für Politik (HfP) in München.

All seine Aktivitäten musste er aus gesundheitlichen Gründen nach und nach einschränken. Nach seinem Tod am 31. März 2003 im Alter von 77 Jahren wurde er in Tutzing beigesetzt. Manfred Hättich war seit 1954 mit Rita Hättich verheiratet und hinterließ drei gemeinsame Kinder.

Die Akademie hat Manfred Hättich vieles zu verdanken. Mit seinem von Offenheit, Toleranz und Pluralität geprägten Leitungsstil trug er maßgeblich zum hohen Ansehen der Tutzinger Einrichtung bei. Er hat dort tatsächlich eine Art „herrschaftsfreien Diskurs“ ermöglicht und die Akademie als eine Stätte geformt, in der eine kritische Auseinandersetzung ohne jene Reflexe ablaufen konnte, die ansonsten regelmäßig die Debatte ersticken. Die Kultur eines kritischen Dialogs war ihm ebenso wichtig wie das gesellschaftliche Anliegen, die rationalen Grundlagen politischer Urteilsbildung zu entwickeln und zu stärken. Zu seinem ureigenen Stil und seiner besonderen Begabung gehörte zweifellos, Themen im Gespräch zu entfalten und in kompromissloser Orientierung an Rationalitätskriterien zum Kern der Probleme vorzustoßen. Das schloss keineswegs den klaren Standpunkt aus, den Hättich stets mit der nötigen Hartnäckigkeit zu verteidigen wusste. Er blieb zeitlebens ein sich einmischender Politikwissenschaftler, dessen vielfältiges Engagement in diversen Beratungs- und Expertengremien, Kommissionen und Fachverbänden zugleich von einer beeindruckenden Liste an Auszeichnungen und Ehrungen begleitet war.

Hättich setzte immer auf nüchterne Betrachtung und vernünftiges Denken. Dankbar gedenken wir ihm, dessen Name bis heute untrennbar mit unserer Akademie verbunden ist. ■

Steffen H. Elsner



*Streitbarer Dialog: Manfred Hättich (rechts) zusammen mit Heinrich Böll
Foto: Udo Giesen, Köln*

Vom Herbst 1953 bis zum Herbst 1955 war Hättich als Referent für politische Bildung im Sekretariat der Deutschen UNESCO-Kommission e.V. in Köln beschäftigt. Im Oktober 1955 kehrte er nach Freiburg zurück und begann neben dem Volkswirtschaftlichen zusätzlich das Studium der Wissenschaftlichen Politik und der Soziologie bei Arnold Bergstraesser.

Im Mai 1957 wurde Hättich zum Dr. rer. pol. promoviert. Nach der Promotion führte er sein politikwissenschaftliches Studium weiter. 1958 übernahm Hättich die Leitung des neugegründeten Ost-West-Instituts Baden-Württemberg, Institut für politische Jugend-

Auch nach der Emeritierung blieb Hättich im Ruhestand vielfach aktiv: Bereits ab 1990 hatte er sich am Neuaufbau der Politikwissenschaft an der TU Chemnitz beteiligt. Im Winterse-

Das STRAUBINGER TAGBLATT schrieb am 20. Februar 2013 über unsere Politiksimulation zu Europa:

Aus Schülern werden Politiker

Politiksimulation: Rollenspiele in Passau – Europapolitik wird erlebbar gemacht

Europapolitik ist kompliziert und undurchsichtig, vielleicht auch langweilig – Vorurteile dieser Art gibt es viele. Dass Europapolitik aber durchaus spannend und erlebbar sein kann, wird derzeit an der Universität in Passau bewiesen. Dort erfahren Schüler in einer zweitägigen Politiksimulation, die noch bis heute Abend läuft, was wirklich hinter der Europäischen Union steckt und wer die Fäden zieht.

Die Politiksimulation stammt aus der Ideenschmiede der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Diese hat im vergangenen Jahr begonnen, Politiksimulationen mit Schülern durchzuführen... Das klar definierte Ziel: Das Planspiel soll Europapolitik erlebbar machen. „Wir wollten ganz gezielt spezielle Angebote für junge Menschen schaffen“, sagte Professorin Dr. Ursula Münch, die Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Schüler erreiche man eher, wenn man ihnen die Möglichkeit gibt, nicht nur etwas zu hören, sondern wenn sie selbst aktiv werden und in Rollen schlüpfen können, betonte Münch. „Durch die Simulation werden Emotionen mit Politik verbunden, und das ist sehr wirksam“, so Münch.

In fremde Rollen schlüpfen

Statt des klassischen Frontalunterrichts sind die Schüler also damit konfrontiert, Mut zur Veränderung zu beweisen und in ihnen fremde Rollen zu schlüpfen. Jeder Schüler wurde im Vorfeld als Europaparlamentarier, als ein Minister aus den verschiedenen Mitgliedsstaaten oder als Medienbeobachter eingeteilt. Damit die Teilnehmer an der Politiksimulation sich möglichst gut mit ihrer Rolle identifi-

zieren konnten, wurde ihnen Vorbereitungs material zur Verfügung gestellt. Sie hatten die Aufgabe, sich bereits vor der Politiksimulation intensiv mit ihrer Rolle auseinanderzusetzen, damit die Wesensmerkmale und die thematischen Schwerpunkte des jeweiligen Politikers in Fleisch und Blut übergehen konnten.

An den zwei Tagen haben die Schüler schließlich die Aufgabe, in „Straßburg“ und „Brüssel“, in diesem Fall zwei Räume an der Universität, in die Verhandlungen zu gehen. Gemeinsam

müssen die jungen Nachwuchspolitiker die Entstehung der sogenannten Akku-Richtlinie durchspielen...

Teilnehmer aus drei Ländern

Ein absolutes Novum bei dieser Politiksimulation: Aufgrund der Standortvorteile von Passau wird sie trinational durchgeführt. Die Schüler kommen aus den drei Gebieten des Dreiländerecks, also aus Deutschland, Österreich und Tschechien...

(siehe Report 1/13, Seite 24)

PASSAUER NEUE PRESSE vom 21. Februar 2013:

Ein Festakt europäischer Einigung

Französischer Generalkonsul zu Gast bei Planspiel
„EuropaPolitik erleben!“

Mehr als 60 Schüler aus Deutschland, Tschechien und Österreich haben bei der Politiksimulation „EuropaPolitik erleben!“ der Akademie für Politische Bildung Tutzing an der Universität Passau Europapolitik nachgespielt. Am Abend des ersten Tages erlebten sie im Jahr des 50-jährigen Jubiläums des Elysée-Vertrags auch einen Festakt Europäischer Einigung: Zu ihnen sprach als Ehrengast Emmanuel Cohet, seit 2011 französischer Generalkonsul in München.

Mit Cohet blickte der Vizepräsident der Uni Passau, Dr. Wolfgang Hau, zurück ins Jahr 1963: „Damals war ein deutsch-französisches Miteinander sehr wichtig“, erklärte Hau vor den Oberstufenschülern. Deutschland und Frankreich hätten deshalb einen Vertrag geschlossen, der weit mehr als nur

Freundschaft garantiert habe. Seit mehr als 70 Jahren sei die deutsch-französische Beziehung unangefochten, erläuterte Cohet. „Uns verbinden gemeinsame Werte und gemeinsame Schicksale“, führte er weiter aus. Die beiden Länder seien vereint durch ihre Geschichte und die europäische Aussöhnung. „Deshalb haben wir eine sehr privilegierte Beziehung. Sie ist auf allen Ebenen eng und beispiellos.“

Auch in der Zukunft gebe es für Deutschland und Frankreich große Herausforderungen zu meistern. Die Eurozone müsse bewahrt und das wirtschaftliche Wachstum gesichert werden. Die jungen Generationen bräuchten neue Aussichten und Zukunftsperspektiven, denn „das ist der grundlegende Geist des Elysee-Vertrags“, merkte Cohet an...

Julia Ried schrieb am 20. Februar 2013 in der PASSAUER NEUEN PRESSE zum gleichen Thema:

Umweltminister für zwei Tage

Trittin trägt heute blonde, schulterlange Haare und dunklen Kajal um die Augen „und hat einen straffen Zeitplan. Der deutsche Umweltminister und seine 26 Kollegen aus den anderen Ländern der Europäischen Union haben nur zwei Tage lang Zeit, um einen gemeinsamen Nenner zu finden, welche Schadstoffe Akkus in der EU enthalten dürfen und was mit ihnen passiert, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Einen gemeinsamen Nenner, dem auch die Damen und Herren des Europäischen Parlaments zustimmen können.

In Wirklichkeit ist selbstverständlich die „Akku-Richtlinie“ längst verabschiedet und der grüne Umweltminister nicht mehr im Amt. „Trittin“ ist einer von gut 60 Teilnehmern der ersten Schülerakademie „EuropaPolitik erleben“ an der Universität Passau...

Ein Ziel des Planspiels ist, dass die Schüler selbst erleben, „warum Europapolitik nicht einfach ist, nicht einfach sein kann“, wie Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, erklärte. Immerhin seien in den Institutionen 27

Länder mit unterschiedlichen politischen Kulturen vertreten.

Bei der Simulation in Passau schlüpfen knapp 30 Schüler in die Rolle von Repräsentanten ihrer Regierungen, die im „Ministerrat“ verhandeln, gut 30 debattieren im „Europäischen Parlament“; auch Mitglieder der Europäischen Kommission, die den zu verhandelnden Vorschlag ausgearbeitet hat, und Reporter der internationalen Presse sind zugegen. Die Nacht wird allerdings nicht durchverhandelt...

(siehe Report 1/13, Seite 24)

BAYERISCHE GEMEINDEZEITUNG vom 17. Januar 2013:

Energiewende zwischen Akzeptanz und Widerstand

... Es ist so vielfältig: Geräte sollen Strom sparen, mehr erneuerbare Energie wird benötigt, jeder soll sich beteiligen. Professor Manfred Fischebeck (der Vizepräsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie) beschrieb daher zu Beginn unserer Tagung die verschiedenen Aspekte der Energiewende: Klima- und Umweltschutz, Versorgungssicherheit, Energieeffizienz, Wettbewerbsfähigkeit, Verbraucherschutz, Sozialverträglichkeit, Infrastruktur.

Diese Liste macht deutlich: die Energiewende realisiert sich nicht von alleine. Und sie birgt Konfliktpotenzial. Denn nicht alle Herausforderungen lassen sich auf gleichem Weg lösen, und sie müssen lokal, regional, national, europäisch, international, vielleicht sogar global gedacht werden.

Wenn es dann um die Realisierung geht, regt sich schnell Protest. Windräder und neue Stromtrassen werden

abgelehnt, weil sie das Landschaftsbild stören. Felix Butzlaff stellte daher die neue Protestkultur auf den Prüfstand. Er hat für das Göttinger Institut für Demokratieforschung Protestierende befragt und ein diskussionswürdiges Profil der „Mut- und Wutbürger“ vorgetragen. Diese sind 1. gebildet und haben meist einen hohen Berufsabschluss (was im Zuge des Engagements die Lücke zu den „Abgehängten“ noch weiter vergrößern kann), 2. geprägt durch ein Erlebnis, das ihnen gezeigt hat: ich kann etwas bewirken, 3. dominiert von älteren Männern (vor allem, wenn es gegen Europa geht), 4. wenn es um die Energiewende und Infrastruktur geht, meist in technischen Berufen aktiv – weil gerade die in ihrem Leben(s)(umfeld) nach stringenten Lösungen für ein Problem suchen?, 5. gewillt, eine Gegenmacht zu Parteien, Medien und Lobbyisten aufzubauen und die wirklichen Experten zu hören, 6. trotz ihrer

Nähe zur Direktdemokratie nicht unbedingt tolerant gegenüber Widerspruch.

Welche Strategien, welche Probleme, welche Aspekte der Energiewende gilt es besonders zu beachten? Mehrere Panels der Tagung haben sich mit diesen Fragen beschäftigt. Für die Forschungsgruppe Umweltpsychologie hat Irina Rau viele Projekte erforscht und bestätigt: mit zunehmender Dauer eines Vorhabens nimmt die wahrgenommene Betroffenheit der Bürger zu, die Chancen für Beteiligung aber ab. Zu mehr Akzeptanz führen daher ein gemeinsamer Gestaltungsprozess und mehr informelle Beteiligung. Eine zentrale Rolle spielt ebenso das Gerechtigkeitsempfinden, daher empfiehlt Rau: ehrlich miteinander umgehen, die Vorteile für die betroffene Region ausarbeiten, die Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung nach außen sichtbar machen. ...

(siehe Report 1/13, Seite 10)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

J u l i

27-7* 1. – 3. Juli

Gesellschaften im Umbruch: Frauen in Nordafrika

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Evangelischen Frauenbund, dem Deutschen Frauenring und dem Katholischen Deutschen Frauenbund

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

27-4* 3. – 5. Juli

Die politische Kultur der USA – Weltmacht in der Krise?

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Anja Opitz / Gerhard Finster

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

27-6 5. – 7. Juli

Das letzte Jahrzehnt des Sozialismus

Transformationsprozesse in der DDR und der Sowjetunion

In Kooperation mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin, der Konrad-Adenauer-Stiftung Moskau, der Lomonossow-Universität Moskau und des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst

Leitung: Michael Mayer / Anna Kaminsky / Jörg Morré / Alexander Vattlin

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

28-1* 8. – 12. Juli

Werteerziehung im Biologieunterricht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Tanja Berthold

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

28-2* 8. – 12. Juli

Grundlagen und Wandel des politischen Systems und der politischen Kultur in Deutschland

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

28-3 12. – 13. Juli

Die Web 2.0-Demokratie

Mehr politische Beteiligung durch das Internet?

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

29-3 19. Juli

Politik in leichter Sprache

In Kooperation mit der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung und der Lebenshilfe Würzburg e.V.

Leitung: Michael Spieker / Irmgard Badura

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Außenveranstaltung in Würzburg

30-1* 22. – 26. Juli

Fakultas Sozialkunde: Politische Theorie

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien

5. Sequenz / 2. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

30-2* 22. Juli – 4. August

European Holocaust Research Infrastructure (EHRI)

In Kooperation mit dem Institut für Zeitgeschichte München

Leitung: Michael Mayer / Johannes Hürter / Andrea Löw

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

30-3 26. – 28. Juli

Nationale Regierungen in der EU

Konstellationen – Konflikte – Kooperationen

Leitung: Ondrej Kalina

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

31-1 29. Juli – 2. August

Planspiel-Werkstatt

Entwicklung von Politiksimulationen

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Michael Schröder / Detlef Dechant

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Renate Heinz (Sekretariat der Direktorin)	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Heike Schenck	H.Schenck@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de
Alexandra Tatum-Nickolay	A.Tatum-Nickolay@apb-tutzing.de
Simone Zschiegner	S.Zschiegner@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

A u g u s t

31-2 2. – 5. August

**Tutzinger Sommerakademie:
Der Holocaust – Neue Forschungsergebnisse**

Leitung: Michael Mayer

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

32-2* 5. – 9. August

**Ökologische Wertebildung am Beispiel des Alpenraumes:
Exkursion in den Nationalpark Berchtesgaden**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen, der TU München,
dem Schülerforschungszentrum Berchtesgaden
und dem Nationalpark Berchtesgaden

Leitung: Michael Spieker / Tanja Berthold

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

32-3 5. – 8. August

**Tutzinger Sommerakademie:
Quo vadis Türkiye? – Die Außenpolitik der Türkei am Scheideweg**

Leitung: Anja Opitz

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

32-4* 7. August

EuropaPolitik erleben!

Politiksimulation zur Europäischen Union

In Zusammenarbeit mit der Europäischen Talent Akademie
der Fraunhofer-Gesellschaft

Leitung: Michael Schröder / Robert Lohmann / Birgit Geiselbrechtiger

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158-256-44

Außenveranstaltung in Lindau

S e p t e m b e r

36-2 2. – 5. September

**Tutzinger Sommerakademie:
Große Veränderungen gestalten: Umwelt, Energie, Europa**

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

37-3 9. – 13. September

**Aufgespießt und zugespitzt
Kommentar – Leitartikel – Glosse – Rezension**

Schreibwerkstatt mit Peter Linden

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

37-6 9. – 10. September

Forum der Generationen – demografischen Wandel gestalten

Leitung: Ursula Münch / Jörg Siegmund / Robert Lohmann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

37-1 13. – 15. September

Tutzingener Sommerakademie:

Orient und Okzident – Konkurrenz der Kulturen

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Anja Opitz / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

38-1* 16. – 18. September

Colonialism, Decolonization and Post-Colonial Historical Perspectives

In Kooperation mit der Internationalen Gesellschaft für Geschichtsdidaktik

Leitung: Michael Mayer / Susanne Popp

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

38-3 17. – 19. September

Potentiale erschließen und Konflikte verhindern:

Ein neuer Umgang mit knappen Ressourcen

In Kooperation mit dem Verband des Landwirtschaftlich-Technischen Dienstes in Bayern

Leitung: Anja Opitz / Jochen Veith

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

39-1* 23. – 27. September

Politischer Extremismus in demokratischen Gesellschaften

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

39-2* 23. – 27. September

Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Ondrej Kalina

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Internet: www.apb-tutzing.de

www.facebook.com/APBTutzing, www.twitter.com/APBTutzing

www.youtube.com/APBTutzing

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch sprach im Rahmen des Symposiums zur Neuausrichtung der bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit zum Thema „Was ist moderne politische Bildung?“. Anlässlich des Internationalen Seminars „Autonomy and Evolution of Education Models in federal and decentralized countries. A comparative perspective and recent trends from Spain“ der Manuel Giménez Abad Foundation (Zaragoza) in Zusammenarbeit mit der Kanadischen Botschaft in Spanien hielt sie einen Vortrag vor den Cortes of Aragón in Saragossa (Spanien) über „Autonomy and evolution of education models – a comparative perspective: The German Case“. An der Universität der Bundeswehr München hielt sie im Wintertrimester 2013 eine Vorlesung im Masterstudiengang über „Theorien, Forschungsansätze und Anwendungsfelder der Vergleichenden Politikwissenschaft“ und veranstaltete gemeinsam mit der Historikerin Prof. Dr. Sylvia Schraut ein Forschungsseminar „Geschichts- und politikwissenschaftliche Forschung zum Rechtsextremismus“.

BEIRAT

Am 30. April hat die 14. Amtsperiode des Beirats der Akademie begonnen, sie endet am 29. April 2017. Wir begrüßen die neuen Mitglieder und freuen uns auf die Zusammenarbeit: **Katrin Albsteiger** (Ring politischer Jugend), **Dr. Jürgen Busse** (Kommunale Spitzenverbände), **Peter Driessen** (Industrie- und Handelskammer), **Robert Günthner** (Gewerkschaften), **Prof. Dr. Klaus Meisel** (Organisationen der Erwachsenenbildung), **Linda Paquet** (Frauenverbände), **Dr. Hilde Stadler** (Bayerischer Journalisten-Verband), **Walter Taubeneder, MdL (CSU)**, **Jürgen Wunderlich** (Lehrerverbände) und **Anna Zisler** (Israelitische Kultusgemeinde). Gleichzeitig bedanken wir uns bei allen ausgeschiedenen Mitgliedern – insbesondere beim langjährigen Vorsitzenden **K. Heinz Eisfeld** – für das Engagement und ihre vielfältige Unterstützung unserer Arbeit.

Der neue Vorsitzende und sein Stellvertreter werden in der ersten turnusmäßigen Sitzung des Beirats im Herbst gewählt.

KOLLEGIUM

Dr. Ondrej Kalina gibt im Sommersemester 2013 als Lehrbeauftragter am Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik der Universität Passau ein Hauptseminar zum Thema „Separatismus der Regionen: Europas Problem mit dem Aufbegehren subnationaler Regionen“.

Dr. Michael Mayer hat am Goethe-Institut Paris gemeinsam mit Prof. Horst Möller und Prof. Jean-Pierre Azéma an der Podiumsdiskussion „La persécution des juifs de 1933 à 1945“ teilgenommen. Im Sommersemester 2013 gibt er an der Universität Augsburg ein Proseminar zum Thema „Gesellschaft und Wirtschaft im Nationalsozialismus“.

Dr. Michael Schröder hielt beim 24. Münchner Lehretag des Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverbands (MLLV) den Hauptvortrag zum Thema „Wie ticken unsere Schüler? Aufwachsen im Wertewandel“ und diskutierte anschließend mit Kultus-Staatssekretär Bernd Siblinger und Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Elternschaft.

Dr. Manfred Schwarzmeier nahm als Juror an der Jury-Sitzung des Förderprogramms für Jugend und Schule „Demokratisch Handeln“ (Ausschreibung für 2012) in Jena teil.

Dr. Michael Spieker trug an der Université Paris-Sorbonne über das Leben in Hegels Wissenschaft der Logik vor. In Nürnberg moderierte er eine Diskussionsrunde über „Arbeiten mit Behinderung“ und in Bayreuth über den Umgang mit psychischen Erkrankungen und sogenannten geistigen Behinderungen. An der Uni Freiburg und an der Katholischen Stiftungsfachhochschule in Benediktbeuern hält er im Sommersemester Seminare ab über „Inklusion – Begriff und Realität“ angesichts der Forderung nach Inklusion in der Schule.